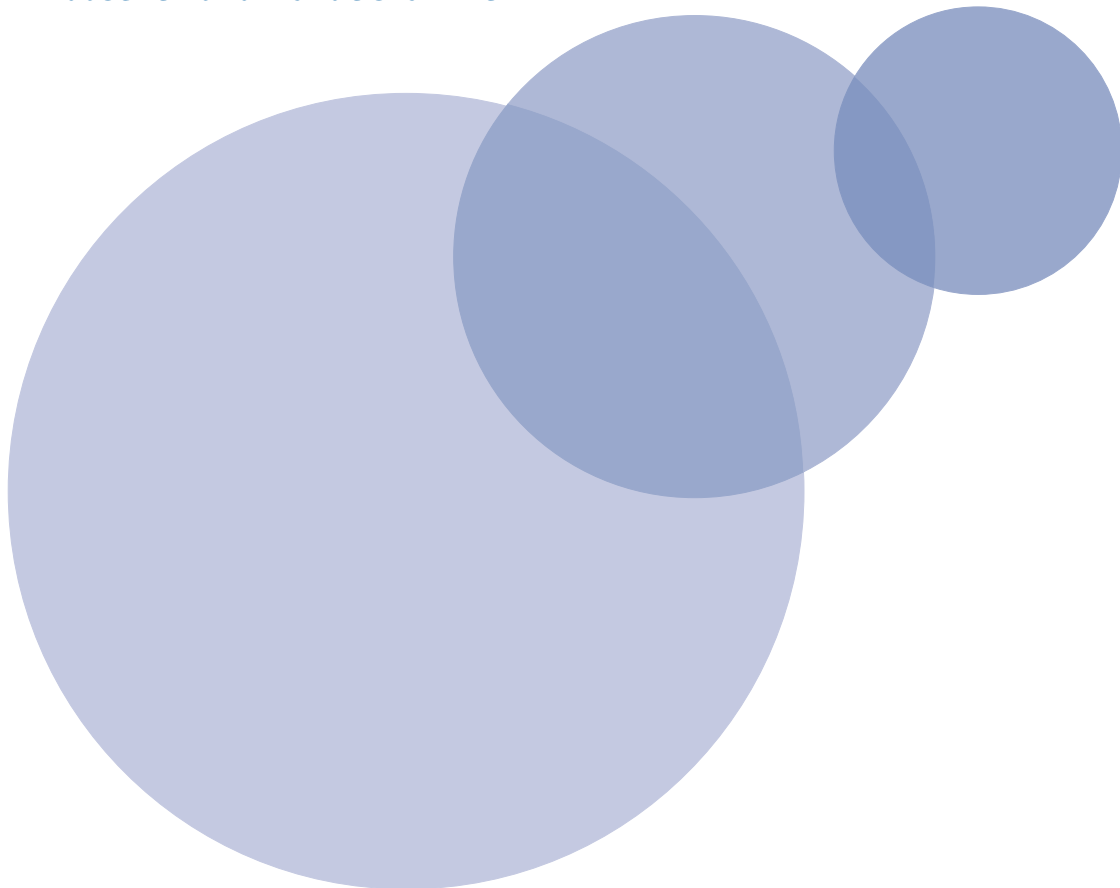


"Jenseits der Krise – Substanz und Zukunft des Industriestandortes Deutschlands" aus Sicht der Industrieunternehmen, 2009

Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den
Industrie- und Handelskammern



Die Frage nach der Zukunft des Industriestandorts Deutschland können die Unternehmen am besten selbst beantworten. Diesem Gedanken folgend haben die IHKs im Sommer 2008 über 700 persönliche Interviews bei Mitgliedsunternehmen durchgeführt. Die vorliegende Umfrageauswertung versucht die Industrie und die industrienahen Dienstleister mit ihrer aktuellen Positionierung am Standort Deutschland zu erfassen – und einen Ausblick sowie wirtschaftspolitische Bedingungen für einen langfristig wettbewerbsfähigen und starken Industriestandort Deutschland zu formulieren. Ziel ist es, sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in der Öffentlichkeit einen fundierten Beitrag dazu zu leisten, den Produktionsstandort Deutschland zukunftsweisend und mit langfristiger Perspektive weiterzuentwickeln.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK)
Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Innovation – Berlin 2009

Copyright	Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.
Herausgeber	© Deutscher Industrie- und Handelskammertag Berlin Brüssel DIHK Berlin: Postanschrift: 11052 Berlin Hausanschrift: Breite Straße 29 Berlin-Mitte Telefon (030) 20 308-0 Telefax (030) 20 308 1000 DIHK Brüssel: Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts B-1000 Bruxelles Telefon ++32-2-286 1611 Telefax ++32-2-286 1605 Internet: www.ihk.de
Redaktion	DIHK – Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Innovation Dr. Volker Treier, Dr. Volker Ressler
Stand	Februar 2009



Inhalt

Seite

Jenseits der Krise – Substanz und Zukunft des Industriestandortes Deutschland

Die wichtigsten Ergebnisse	1
Eine Bestandsaufnahme	4
Der Standort Deutschland – wie ihn die Unternehmen sehen	9
Zukunft wird heute gemacht	17
Die Industriepolitik der Zukunft	22

Jenseits der Krise – Substanz und Zukunft des Industriestandortes Deutschland

Herausforderungen, Chancen und Perspektiven der Industrie am Standort Deutschland

– Die wichtigsten Ergebnisse –

Vertrauen in die Zukunft am Standort Deutschland

Ungeachtet des konjunkturellen Abschwungs – das grundsätzliche Vertrauen der Unternehmen in den Produktionsstandort Deutschland besteht. In Interviews mit mehr als 700 Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe und den industrienahen Dienstleistern im Jahresverlauf 2008 wird deutlich: Langfristig rechnen die Unternehmen zwar mit tendenziell sinkenden Weltmarktanteilen deutscher industrieller Wertschöpfung – die Mehrheit ist aber davon überzeugt, dass auch im Jahr 2020 weiterhin über die Hälfte der Wertschöpfung des jeweiligen Produktes in Deutschland erbracht wird. Aktuell schätzen die befragten Unternehmen den in Deutschland produzierten Anteil ihres jeweiligen Produktes auf rund 70 Prozent. Im Jahr 2020 wird dieser Anteil auf knapp mehr als die Hälfte (56 Prozent) sinken. Am negativsten schätzen die aktuell vom Absatzrückgang hart getroffenen Unternehmen des Kraftzeugbaus ihre Situation am Standort Deutschland im Jahr 2020 ein – sie erwarten, dass der Wertschöpfungsanteil, den sie in Deutschland an ihren Produkten erwirtschaften, von heute 86 Prozent perspektivisch auf rund 50 Prozent sinken wird. Ungeachtet der Branche: Die Industrieunternehmen, die derzeit aus Kostengründen den Weg der Auslandsverlagerung gehen müssen, sind ohnehin pessimistischer. Sie gehen langfristig von einer deutschen Wertschöpfung ihres jeweiligen Produktes von nur etwa 40 Prozent aus.

Industrie bleibt stark

Ungeachtet aller Abgesänge auf den Produktionsstandort Deutschland: Die deutschen Industrieunternehmen stehen für internationale Wettbewerbsfähigkeit sowie hohe Innovationskraft – und waren im zurückliegenden Aufschwung Wachstumstreiber und Beschäftigungsmotor. Gerade der industrielle Mittelstand, der sich in den vergangenen Jahren stark und zunehmend mit Investitionen im Ausland engagierte, hat in den vergangenen Jahren auch hierzulande zu Wachstum und Beschäftigung beigetragen. Die Teilgruppe der befragten Mittelständler mit 20 bis 500 Mitarbeitern beschäftigt im Durchschnitt ca. zwei Drittel ihres Personals in Deutschland – die interviewten Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern sogar mehr als 80 Prozent.

Innovation „Made in Germany“ – ohne Industrie kaum denkbar

Die Innovationskraft – und damit die Wettbewerbsfähigkeit – deutscher Unternehmen hängen unmittelbar mit ihren Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) zusammen. Das Verarbeitende Gewerbe und die industrienahen Unternehmen anderer Wirtschaftssektoren investieren daher weiter in seine Wettbewerbsfähigkeit vor Ort. 72 Prozent der befragten Unternehmen setzen aktuell auf verstärkte Ausgaben für FuE. Selbst die kleinen Unternehmen gehen diesen Weg: Mehr als jedes zweite befragte Unternehmen dieser Größenklasse will seine FuE-Aufwendungen verstärken. Ohnehin gilt: Der Forschungsstandort Deutschland fußt maßgeblich auf einem starken Netzwerk Industrie – das Verarbeitende Gewerbe trägt mehr als 90 Prozent zu den FuE-Ausgaben der Gesamtwirtschaft bei.

Wirtschaft vermisst klares Bekenntnis zum Produktionsstandort Deutschland

Doch das Engagement der Unternehmen braucht politische Unterstützung. Ohne klares politisches Bekenntnis zum heimischen Produktionsstandort ist langfristig wettbewerbsfähige Industrie in Deutschland kaum möglich. Die Unternehmen geben der industriebezogenen Wirtschaftspolitik allerdings gerade einmal die (Schul-)Note 3,6. Hauptkritikpunkt: Umwelt-, sozial oder verbraucherpolitische Aktionismus aus Berlin und Brüssel sind gerade nicht geeignet, dass sich der Industriestandort Deutschland festigt und modernisiert. Zwei von zehn der befragten Unternehmen planen angesichts dieser Rahmenbedingungen eine Auslandsverlagerung von Teilen ihrer Produktion. Bei den Unternehmen mit über 500 Mitarbeitern sind es sogar 40 Prozent.

Die Stärken des Industriestandorts Deutschland nicht kleinreden

Die hohe Unternehmensdichte sowie die Vielfalt im Bereich der Industrie und der angrenzenden Dienstleister sind das Standortplus: Bei der Bewertung verschiedener Standortfaktoren geben die Unternehmen der „Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern vor Ort“ nach Schulnoten eine 2,1 – der beste Wert überhaupt. Gut im Vergleich zu anderen Standorten bewerten die Unternehmen auch die IT-Infrastruktur (Note 2,3), Rechtssicherheit (2,4), die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen (2,5) und den sozialen Frieden (2,6).

Nicht gelöste Bremsklötze – Die Schwächen des Industriestandorts Deutschland

Eindeutig nicht wettbewerbsfähig sehen die Unternehmen die Komplexität und Praxistauglichkeit des deutschen Steuerrechts. Es ist ihrer Ansicht nach „mangelhaft“ – und sie sehen hier den dringlichsten Handlungsbedarf. Weitere Bremsklötze sind die Energiekosten und das unflexible Arbeits- und Tarifrecht (beide 4,1) sowie die unzureichenden politischen Antworten auf den Fachkräftemangel (3,6).

Aktuelle Erfolgstrategien

96 Prozent der befragten Unternehmen setzen mit Blick auf die Zeit nach der Finanzmarktkrise auf einen Ausbau von Qualifizierung und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter. Die Unternehmen wissen: Eine Reduzierung der Weiterbildungsmaßnahmen angesichts eines kurzfristigen Auftragsrückgangs würde sich im nächsten Aufschwung schnell rächen. Ein Megatrend in Industrie und angrenzenden Dienstleistern ist die zunehmende Kooperation und Vernetzung – sowohl untereinander als auch mit Forschungseinrichtungen. Vier von fünf Unternehmen gehen diesen Weg. Von den befragten Kleinunternehmen sind dies sogar rund 90 Prozent. Mehr als sieben von zehn befragten Unternehmen (72 Prozent) wollen hierzulande ihre hiesigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung ausweiten, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben. Bemerkenswert: Jedes zweite Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern setzt auf verstärkte Kooperation mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie auf eine Ausweitung der eigenen Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Zukunftstrend Internationalisierung

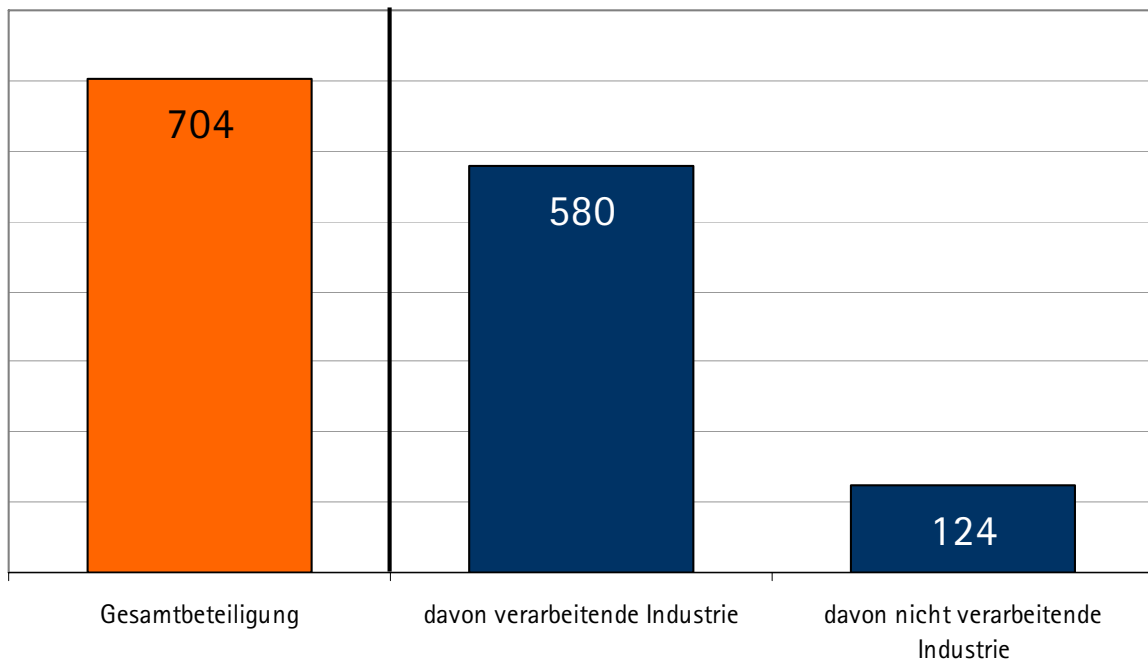
Die hart erarbeitete, vielfach hervorragende Positionierung auf den globalen Märkten – insbesondere in Mittel- und Osteuropa – wird den deutschen Unternehmen nach der aktuellen konjunkturellen Abschwungphase helfen. Ohnehin setzen die Unternehmen weiter auf die Chancen anderer Märkte und Standorte. Während 85 Prozent der befragten Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern einen konsequenten Internationalisierungskurs als wichtige Antwort ihres Betriebes auf den schärfer werdenden Wettbewerb nennen, setzen immerhin auch knapp 50 Prozent der kleinen Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeiter auf diese Strategie. Internationalisierung ist damit der industrielle Zukunftstrend – in allen Unternehmensgrößenklassen.

„Hausaufgaben“ – Forderungen der interviewten Unternehmen an die Wirtschaftspolitik

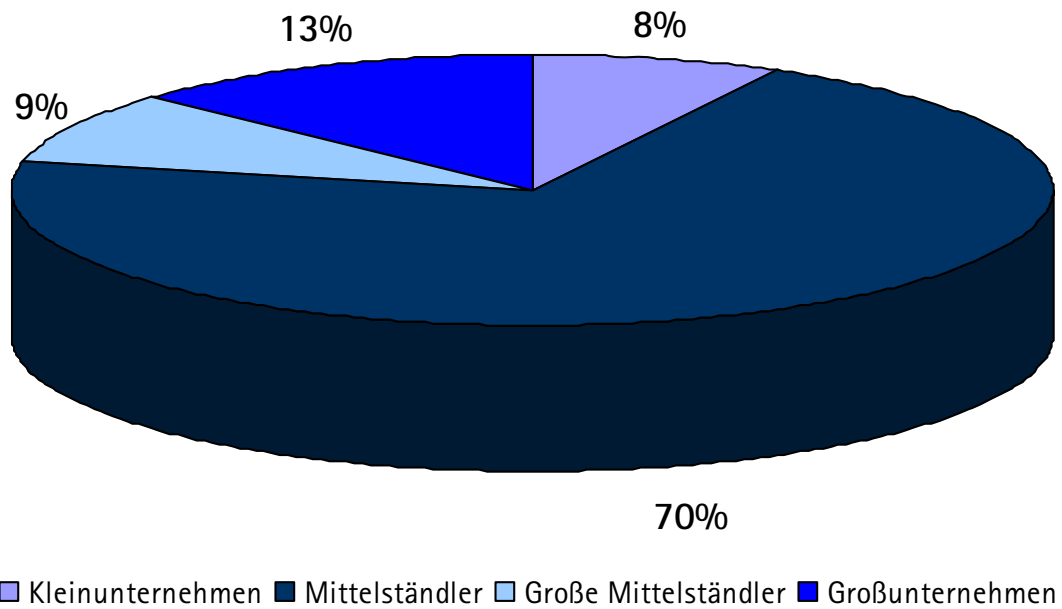
Die Befragung zeigt: Aus Sicht der Unternehmen hat der Industriestandort Deutschland insgesamt gute Perspektiven. Die Politik muss allerdings den Weg freimachen, diese auch nutzen zu können. Als Grundregel fordern über neunzig Prozent der Unternehmen eine liberale und nichtinterventionistische Wirtschaftspolitik. Acht von zehn Unternehmen sind darüber hinaus für den Abbau unternehmensbezogener Subventionen und für eine stärkere Investition in Bildung. Konkret geben die Unternehmen der Wirtschaftspolitik folgende Aufgaben auf:

- Steuerrecht praxistauglich machen!
- Die Energiekosten in Deutschland international wettbewerbsfähig halten!
- Weitere Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifrechts!
- Bürokratieabbau und weniger Reglementierung!
- Subventionen abbauen, stattdessen höhere Investitionen in Bildung und Forschung!
- Ob Clusterpolitik oder klassische Fördermaßnahmen: keine „Industriepolitik von oben“!

Teilnehmende Unternehmen an der Umfrage



Teilnahme der Unternehmen nach Größenklassen



Eine Bestandsaufnahme

Renaissance der Industrie

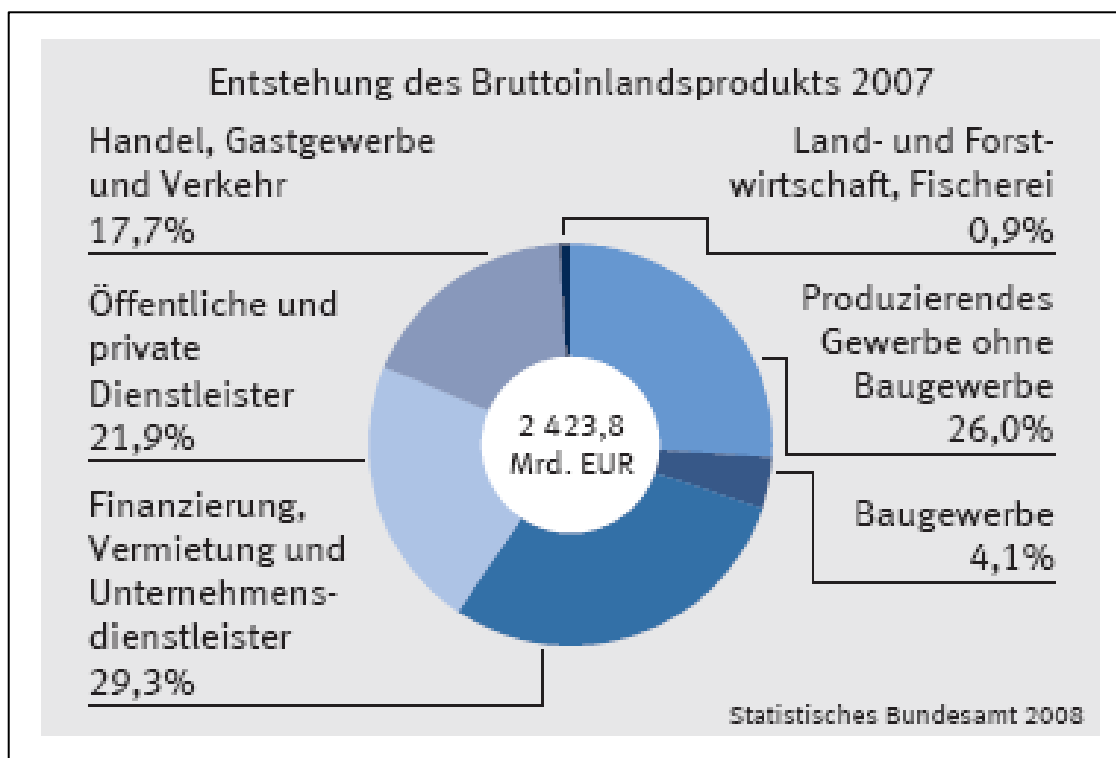
Deutschland erlebte in den vergangenen Jahren eine beeindruckende Entwicklung der Industrie. Das Netzwerk Industrie, im Verbund von Verarbeitendem Gewerbe und industrienahen Unternehmen anderer Sektoren, hat entscheidenden Anteil am zurückliegenden Aufschwung seit 2003 – und das, obwohl seit Jahren ein Abgesang auf den Industriestandort Deutschland zu hören war. Die aktuelle Bedeutung dieses „Netzwerks Industrie“ für den Standort Deutschland zeigen beispielhaft die folgenden drei Fakten:

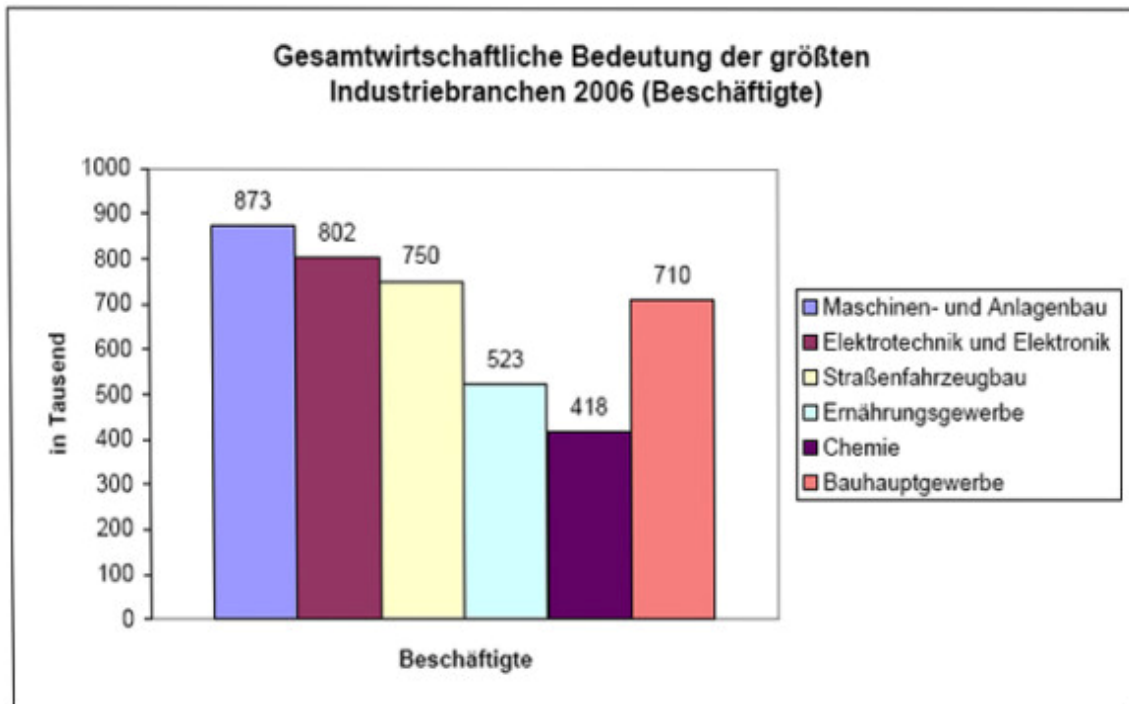
- Ohne die zusätzliche Wertschöpfung in der Industrie sowie den industrienahen Dienstleistungsunternehmen wäre die Gesamtwirtschaft 2007 fast nur stagniert (BIP-Wachstum 0,5% anstatt der tatsächlichen 2,5%).
- Auch auf dem Arbeitsmarkt setzt das Verarbeitende Gewerbe Impulse: 2008 wurden trotz des Konjunkturerinbruchs im Herbst mehr als 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze allein in der Industrie geschaffen – ebenso viele wie 2007.

- Der Anteil der Industrie an den gesamten FuE-Aufwendungen der Wirtschaft in Deutschland liegt seit Jahren über 90 Prozent, Die Zukunft des Forschungsstandorts Deutschland hängt damit eng mit der Frage nach der Zukunft des Industriestandorts Deutschland zusammen.

Aktueller Konjunkturerinbruch als Lackmusktest

Es ist unklar, wie der Industriestandort Deutschland die sich aktuell abzeichnende konjunkturelle Schwächephase überwinden wird. Bei allen Herausforderungen stehen die Chancen aber nicht schlecht, dass der Produktionsstandort Deutschland letztlich gestärkt aus der Krise hervorgehen wird. Dazu müssen sich die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft aber wieder stärker die Frage stellen: Was ist zu tun, damit Deutschland auch zukünftig ein leistungsfähiges industrielles Netzwerk aufweisen kann? Eine ambitionierte industriebezogene Politik existiert derzeit allein auf dem Feld der Umwelt- und Klimapolitik. Doch bei aller Bedeutung dieser wichtigen Themen: Die Formel „Mehr Umwelt gleich mehr Beschäftigung und mehr Wachstum“ greift zu kurz; eine „grüne





Industrie" wird den Standort Deutschland alleine nicht tragen können. Es fehlt eine überzeugende Vision für den gesamten Produktionsstandort Deutschland.

Die Industrie – weiterhin wichtig!

Die Prognosen der 1990er Jahre von einer unaufhaltsamen Deindustrialisierung, vom „Weg in die Dienstleistungsgesellschaft“ oder vom „Postindustriellen Zeitalter“ haben sich nicht bewahrheitet. Das Verarbeitende Gewerbe bleibt eine unverzichtbare Stütze der deutschen Volkswirtschaft. Im Jahr 2007 waren rund 7,5 Millionen Erwerbstätige und damit knapp jeder fünfte (19 Prozent) deutsche Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe tätig. Die Bruttowertschöpfung der deutschen Industrieunternehmen lag in jeweiligen Preisen bei etwas mehr als 500 Mrd. Euro, was einem Anteil von 23,4 Prozent der Gesamtwirtschaft entspricht.

Zahlen und Fakten

Der industrielle Anteil an der gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung legte zwischen 2003 und 2007 um rund einen Prozentpunkt zu. 2007 trug der industrielle Sektor ebenso viel zum BIP-Wachstum bei wie der Dienstleistungssektor – bei einer deutlich geringeren Größe

Quelle: DESTATIS

Deutsche Industriestandorte mit hohem Potenzial

Angesichts ihrer hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit und ihres andauernden Internationalisierungskurses¹ hat die Bedeutung der Industrie – anders als in den übrigen großen Industriestaaten – in Deutschland in den letzten Jahren nicht abgenommen. Spätestens mit dem seit 2003 zu beobachtenden konjunkturellen Aufschwung in Deutschland hat die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Industrie sogar wieder zugenommen. Zwischen 2002 – dem Ausgangspunkt des zurückliegenden Aufschwungs – und 2007 wuchs das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland jährlich um durchschnittlich 4,2 Prozent, die Gesamtwirtschaft nur um 2,0 Prozent.²

¹ Vgl.: Investitionen im Ausland. Ergebnisse einer DIHK Unternehmensbefragung, Mai 2008.

² Betrachtet man den längeren Zeitraum von 1993 bis 2007, so erhöhte sich die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes (preisbereinigt) um jährlich 2,2 Prozent (Gesamtwirtschaft: 1,8 Prozent).

Industrie: Jobmaschine der letzten Jahre

Diese Zahlen verwundern auf den ersten Blick, wenn man sie mit der langfristigen Beschäftigtenentwicklung im industriellen Sektor vergleicht. Während 1950 noch 42,9 Prozent und 1980 immerhin noch 41,1 Prozent der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (Verarbeitendes Gewerbe, Bau und Energiewirtschaft) arbeiteten, sank dieser Anteil seitdem deutlich auf derzeit 25,4 Prozent (2007). Auch dieser Trend hat sich in der zurückliegenden Aufschwungphase seit 2003 umgekehrt. Allein zwischen 2006 und 2007 schafften die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland mehr als 143.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Für 2008 legten die Industriebetriebe weitere 100.000 Arbeitsplätze drauf – zunächst ungeachtet der eingebrochenen Industriekonjunktur ab Herbst 2008.

Treiber von Forschung und Entwicklung

Nach Angaben des Deutschen Stifterverbandes gaben die Unternehmen im Jahr 2007 etwa 43 Milliarden Euro für interne Forschung und Entwicklung aus. Gegenüber dem Vorjahr 2006 entspricht dies einer Steigerung um 4,6 Prozent. Auch für das Jahr 2008 und 2009 könnte es laut Stifterverband auf der Grundlage der Plandaten der Unternehmen zu weiter steigenden FuE-Investitionen in der deutschen Wirtschaft kommen – wengleich der aktuelle Konjunkturéinbruch die Unternehmen inzwischen wieder etwas zurückhaltender werden lässt. Insgesamt arbeiteten im Jahr 2007 315.000 Beschäftigte im FuE-Bereich (Vollzeitäquivalent).³ Das Verarbeitende Gewerbe trägt zu diesen Daten den Löwenanteil bei: Die Industrieunternehmen leisten rund 90 Prozent aller Ausgaben der Gesamtwirtschaft für Forschung und Entwicklung. Ein attraktiver Industriestandort Deutschland bleibt damit Voraus-

³ Vgl.: Pressemeldung des Stifterverbandes der Deutschen Wirtschaft vom 15. Dezember 2008.

setzung für Innovation, Wachstum und Beschäftigung in unserem Land.

Deutschlands Industrie global erfolgreich

Die weiterhin hohe Bedeutung des industriellen Sektors für Deutschland erklärt sich insbesondere aus den Erfolgen der deutschen Industrieunter-

Zahlen und Fakten

Fast 98 Prozent aller Unternehmen beschäftigten weniger als 500 Mitarbeiter und zählen damit zum Mittelstand: Dieser stellt rund 42 Prozent der industriellen Arbeitsplätze bereit und erwirtschaftet 33 Prozent des Industrieumsatzes.

Quelle: Bundesregierung, DESTATIS (Angaben für 2007)

nehmen auf den globalen Märkten. Branchen wie der Anlagen- und Maschinenbau, der Automobilbau oder die Chemieindustrie machen inzwischen mehr als zwei Drittel ihres Umsatzes im Auslandsgeschäft. Angesichts ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit konnten die deutschen Unternehmen ihren Anteil am globalen Waremarkt entgegen dem allgemeinen Trend in den Industriestaaten in den letzten Jahren halten: Während der Marktanteil aller OECD-Staaten zusammen an den weltweiten Exporten zwischen 1993 und 2007 um mehr als 10 Prozent auf 64,7 absackte, blieb der Marktanteil Deutschlands stabil bei über neun Prozent.

Auch wenn China nahe herangerückt ist und Deutschland – abhängig von der Wechselkursentwicklung – möglicherweise im Jahresverlauf 2009 überholen wird: Deutschlands Industrie war 2008 zum neunten Mal in Folge „Exportweltmeister“ des globalen Warenhandels. Das zeigt sich auch an der Bedeutung des Exports für den Arbeitsmarkt: Die Zahl der vom Export abhängigen Beschäftigten stieg von 1995 bis 2005 um

Zahlen und Fakten

Fast 98 Prozent aller Unternehmen beschäftigten weniger als 500 Mitarbeiter und zählen damit zum Mittelstand: Dieser stellt rund 42 Prozent der industriellen Arbeitsplätze bereit und erwirtschaftet 33 Prozent des Industrieumsatzes.

Quelle: Bundesregierung, DESTATIS (Angaben für 2007)

2,7 Millionen auf nunmehr rund 8,4 Millionen Personen – das sind mehr als ein Fünftel aller Erwerbstätigen.

Zunehmende Exportspezialisierung

Bemerkenswert: Der Standort Deutschland zeichnet sich durch eine ausgesprochene Exportspezialisierung im Bereich der forschungsintensiven Waren auf. In diesen Branchen – beispielsweise in der Elektro- oder der Pharmazeutischen Industrie – gewann die deutsche Industrie in den letzten Jahren überall Anteile am globalen Exportmarkt hinzu. Nicht forschungsintensive Waren werden dagegen zunehmend nach Deutschland importiert.⁴

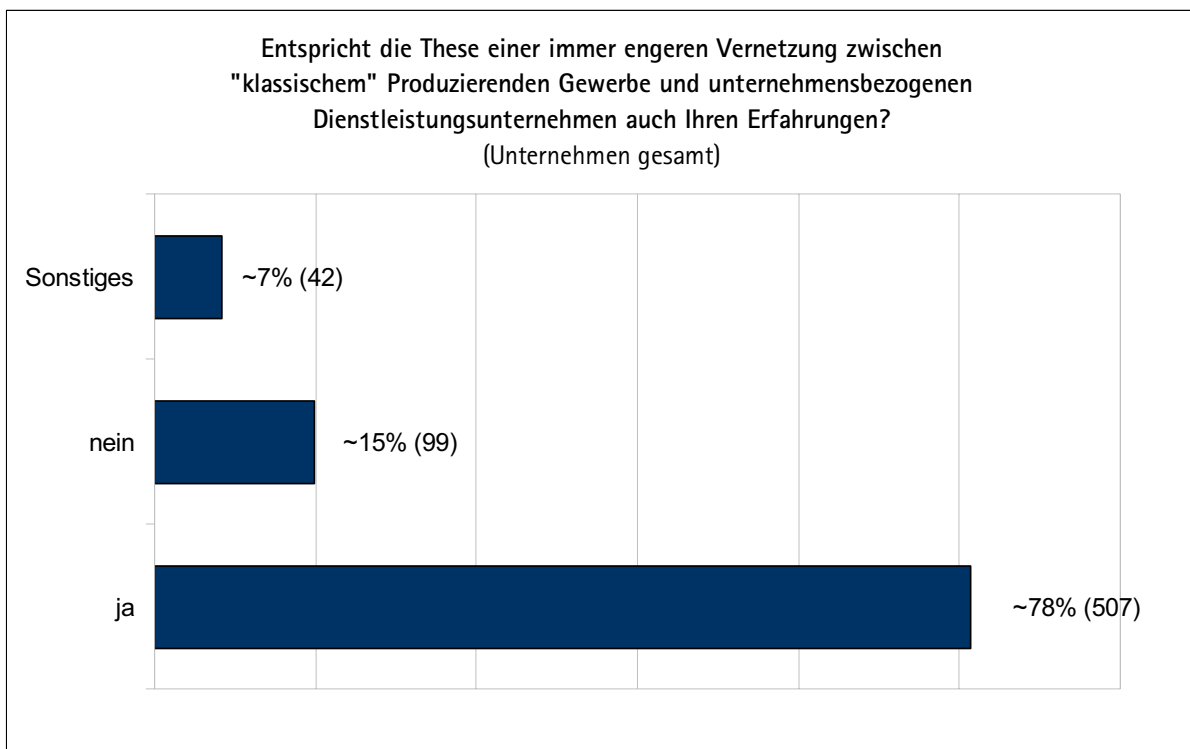
Industrie und Dienstleistung: Die Grenze verwischt

Die mit der hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit verbundenen Erfolge der deutschen Industrie sind gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung für die dynamische Entwicklung des

Dienstleistungssektors in den letzten Jahren. Vier von fünf Unternehmen (78 %) können aus eigener Erfahrung von einer immer engeren Vernetzung zwischen „klassischem“ Produzierenden Gewerbe und unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen berichten. Produktbegleitende Dienstleistungen wie Finanzierungsangebote, Schulungen für die Mitarbeiter des Kunden, IT-Support, 24-Stunden-Notfall-Service und Kundendienste im After-Sales-Geschäft gewinnen im Werben um Abnehmer immer weiter an Bedeutung. Zudem wurden im Zuge der umfassenden Umstrukturierungen der letzten Jahre vielfach dienstleistungsgeprägte industrielle Unternehmensaktivitäten ausgelagert, die im Rahmen des so genannten „Vorleistungsverbundes“ in den Wertschöpfungsprozess einfließen.

Netzwerk Industrie

Allein der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamt-Bruttowertschöpfung gibt die Bedeutung der Industrie für die Gesamtwirtschaft daher auch nur unzureichend wieder. Treffender ist es,



⁴ Vgl.: StandortCheck Deutschland I/2008, Bertelsmann-Stiftung, S. 10.

den so genannten „Vorleistungsverbund“ als Bezugsgröße zu nehmen – also die Gesamtzahl aller vom Verarbeitenden Gewerbe zugekauften



Vorleistungen, zum Beispiel ausgelagerte Produktionsschritte, Logistik oder Marketing. Der Vorleistungsverbund bildet zusammen mit den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ein „Netzwerk Industrie“. Das Institut der deutschen Wirtschaft bezifferte bereits 2003 den Anteil des Vorleistungsverbundes an der gesamten deutschen Bruttowertschöpfung mit 7,6 Prozent – schreibt man diesen Wert fort und addiert ihn zur originären industriellen Wertschöpfung hinzu, so kommt man zu dem Ergebnis, dass das Netzwerk Industrie derzeit etwa ein Drittel der deutschen Wertschöpfung erbringt.

Kooperation ist Trumpf

Die immer engere Verflechtung zwischen Verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungen nutzt beiden Sektoren – und wird laut Unternehmen

weiter zunehmen (78 %). Nur in Verbindung mit immer ausgereifteren Dienstleistungspaketen und Vorleistungen aus dem Dienstleistungssektor wird die deutsche Industrie weiterhin auf den globalen Absatzmärkten wettbewerbsfähig sein. Auf der anderen Seite bietet der Trend, Industrieprodukte mit innovativen Dienstleistungen anzureichern, gerade den produktionsnahen Dienstleistungsunternehmen hervorragende Wachstumschancen. Eine Deindustrialisierung hätte daher auch gravierende Folgen für den Dienstleistungssektor. Anders ausgedrückt: Jeder Arbeitsplatz im Verarbeitenden Gewerbe sichert zugleich auch Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor. Ungeachtet einer möglichen Abnahme der statistischen Bedeutung der Industrie bleibt ein wettbewerbsfähiger Industriestandort Deutschland damit Voraussetzung für gesamtwirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung.

DER STANDORT DEUTSCHLAND – WIE IHN DIE UNTERNEHMEN SEHEN

I. Stärken und Schwächen im Überblick

Industrie wird Wachstumskurs mittelfristig fortsetzen

Die Krise auf den internationalen Finanzmärkten hat seit dem Spätherbst 2008 auch die Realwirtschaft in Deutschland erreicht. Die Meldungen über abnehmende Auftragseingänge und vorsichtigere Investitionsplanungen für die nächsten Monate darf allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass die Industrie – und in ihrem Gefolge die industrienahen Dienstleistungsunternehmen – in den letzten Jahren ein beeindruckendes Comeback hingelegt haben und eine wichtige Stütze unserer Konjunktur sind. Die wieder gewonnene Wettbewerbsfähigkeit der deutschen

Industrieunternehmen auf den Weltmärkten zahlt sich aus – es spricht vieles dafür, dass die deutschen Industrieunternehmen nach einem schwierigen Jahr 2009 mittelfristig ihren Wachstumskurs fortsetzen können. Denn: Die Erfolge der deutschen Industrieunternehmen auf den Weltmärkten beruhen neben den richtigen unternehmerischen Entscheidungen der zurückliegenden Jahre eben auch auf den vielfach sehr guten Standortbedingungen hier bei uns vor Ort.

Stark im Verbund

Gerade die Vielfalt des gewachsenen Netzwerks Industrie hierzulande ist ein wichtiges Standortplus im globalen Wettbewerb. Bei der Bewertung von Standortfaktoren nach dem Grad der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geben die Unternehmen der „Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern vor Ort“ nach Schulnoten eine 2,1 – den besten Wert insgesamt. Ebenfalls als klare Stärken des Industriestandorts

Bremsklötze und Kraftquellen: Stärken und Schwächen des Industriestandorts Deutschland (Schul-)Benotung der einzelnen Standortfaktoren	
Steuerrecht	4,7
Energiekosten	4,1
Flexibilität Arbeits- u. Tarifrechts	4,1
Steuern / Abgaben	4,0
Verfügbarkeit v. geeigneten Fachkräften	3,6
politische Unterstützung im globalen Wettbewerb	3,5
Effizienz Behörden	3,5
Umweltauflagen	3,3
Vernetzung Forsch./Hochschule m. Unternehmen	2,8
Finanzierungsmögl. für Unternehmen	2,8
Verkehrsinfrastruktur	2,7
sozialer Friede	2,6
Verfügbarkeit Gewerbeflächen	2,5
Rechtssicherheit	2,4
IT-Infrastruktur	2,3
Verfügbarkeit Zulieferuntern. / DL vor Ort	2,2

Deutschland nennen die Unternehmen die vorhandene IT-Infrastruktur (Note 2,3), die Rechtssicherheit (2,4) und die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen (2,5). Auch der soziale Frieden (2,6) sowie mit Einschränkungen die Verkehrsinfrastruktur (2,7) sind Pluspunkte des heimischen Standorts im globalen Wettbewerb. Weitere Stärken des heimischen Produktionsstandorts sind die Größe des deutschen Marktes sowie das international geschätzte Qualitätssiegel „Made in Germany“.

Stärken nicht klein reden!

Dennoch: Kein einziger Standortfaktor erhält von den Unternehmen ein „sehr gut“. Im Sinne eines „Stärken stärken“-Prinzips sollte die Wirtschaftspolitik daher die Pluspunkte Deutschlands im globalen Standortwettbewerb ausbauen. Gerade in ländlichen Gebieten gibt es beispielsweise noch Nachholbedarf bei der grundsätzlich für gut befundenen IT-Infrastruktur – hier muss die Wirtschaftspolitik dafür sorgen, dass möglichst zeitnah Versorgungslücken gefüllt werden. Auch bei der Verkehrsinfrastruktur besteht – trotz einer „drei plus“ – erheblicher neuer Investitionsbedarf.

Rote Karte für das Steuerrecht

Eindeutig nicht wettbewerbsfähig sehen die Unternehmen die Komplexität und Praxistauglichkeit des deutschen Steuerrechts. Es ist ihrer Ansicht nach „mangelhaft“ (4,7) – und sie sehen mit Blick auf dessen Komplexität und Praxistauglichkeit hier dringlichen Handlungsbedarf. Ohne eine grundlegende Reform des deutschen Steuerrechts erleidet der deutsche Industriestandort auf Dauer einen erheblichen Wettbewerbsnachteil gegenüber internationalen Konkurrenzstandorten.

Energie und Arbeitsrecht als Bremsklötze

Weitere Bremsklötze aus Sicht der Industrieunternehmen sind die international gesehen höheren Energiekosten und das unflexible Arbeits- und Tarifrecht (beide Note 4,1). Die Unternehmen beklagen zudem die unzureichenden politischen Antworten auf den sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel (3,6). Alle drei Standortfaktoren sind entscheidend im globalen Wettbewerb der Standorte um Investitionen.

II. Die einzelnen Standortfaktoren

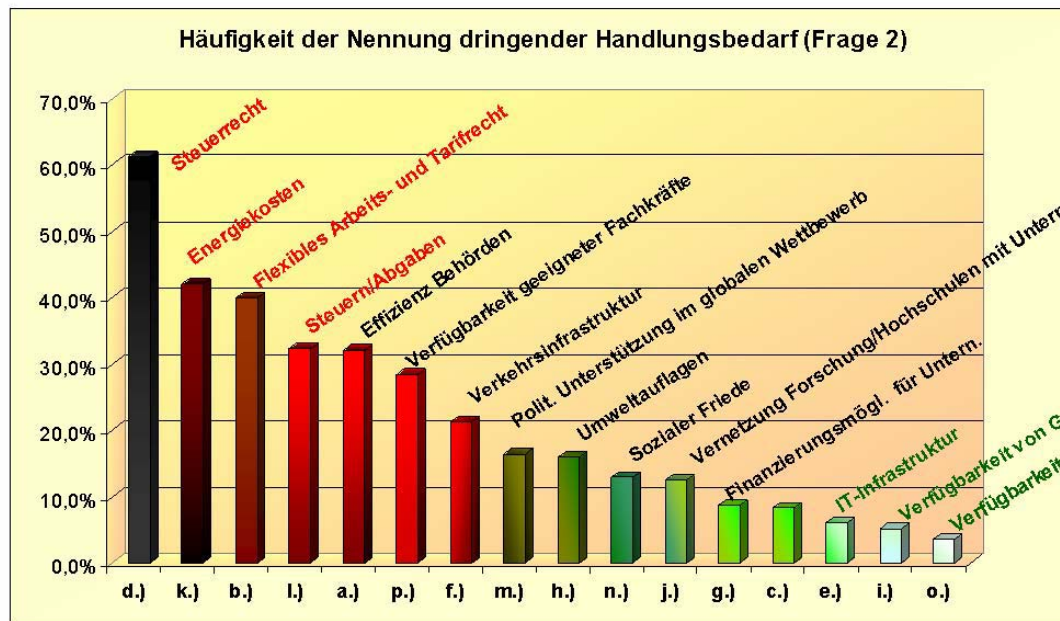
„Recht/Behörden“

a.) Effizienz der Behörden

Ungeachtet aller Lippenbekenntnisse und politischen Initiativen, für die Mehrheit der Unternehmen bedeutet Behördenkontakt weiterhin häufig einen Kampf im Bürokratiedschungel. Entlastungen für die Wirtschaft sind bislang kaum spürbar. Mit einer 3,5 geben die Unternehmen diesem Standortfaktor gerade einmal ein „ausreichend“. Bürokratie kostet Industrie und angrenzende Dienstleister jedes Jahr viel Geld. Je kleiner dabei das Unternehmen, desto höher die Bürokratiekosten je Beschäftigten. Etwa 4.300 Euro pro Jahr betragen die durchschnittlichen Bürokratiekosten für jeden Beschäftigten bei deutschen Unternehmen mit bis zu neun Mitarbeitern. Entlastungen für Unternehmen und Verwaltung sind möglich: Unternehmen haben durchschnittlich 130 Verwaltungskontakte im Jahr – eine verstärkte Nutzung von eGovernment-Lösungen würde Kosten sparen. Zu hohe Sicherheitsanforderungen des Staates (z.B. qualifizierte elektronische Signatur) bremsen häufig entsprechende Ansätze. Bei Bürokratieabbau und eGovernment fehlt zudem eine mit den Ländern und der EU abgestimmte Gesamtstrategie.

b.) Flexibilität des Arbeits- und Tarifrechts

Das Arbeits- und Tarifrecht in Deutschland benoten die Unternehmen gerade einmal mit einer 4,1 („ausreichend“). Nur die kleinen Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern sehen die Flexibilität des deutschen Arbeits- und Tarifrechts mit einer Durchschnittsnote von 2,9 positiver. Hinter der schlechten Bewertung steht der Unmut gerade der mittleren und größeren Unternehmen über die praxisfernen Regelungen einerseits sowie die fehlenden Maßnahmen der Politik gegen den Fachkräftemangel andererseits. Der Blick beispielsweise nach Skandinavien zeigt aber: Ein flexibler Arbeitsmarkt führt zu mehr Beschäftigung – und bringt Arbeitslose auch schneller wieder in Arbeit. Auch die Lohnstückkosten sind unter anderem aufgrund der Bestimmungen des Arbeits- und Tarifrechts immer noch zu hoch: Der Rückgang der Lohnstückkosten in den letzten drei Jahren hat deren starken Anstieg in den frühen neunziger Jahren nicht wettmachen können. Im



internationalen Vergleich muss die deutsche Industrie nach Großbritannien das zweithöchste Lohnstückkostenniveau schultern. Eine Ausdehnung der Branchenmindestlöhne und eine fortgesetzte Diskussion über flexible Beschäftigungsmöglichkeiten schwächen den Industriestandort Deutschland.

c.) Rechtssicherheit

Die Unternehmen schätzen die Rechtssicherheit in Deutschland; allerdings erhält auch dieser Standortfaktor nur ein „zwei minus“ (2,4). Hier schlagen die hohen Bürokratiekosten und häufig auch langwierigen Verfahrenswege bei Streitfällen zu Buche. Im Sinne eines „Stärken stärken“ darf Deutschland hier nicht einen Vorteil im globalen Standortwettbewerb verspielen. Dies gilt gerade auch mit Blick auf die Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik. Hier gilt es die aktuell eher zunehmenden umwelt-, verbraucher- und auch sozialpolitischen Regulierungsaktivitäten auf EU- und nationaler Ebene in die richtigen Bahnen zu lenken, um Pluspunkte im globalen Standortwettbewerb zu erhalten.

d.) Steuerrecht

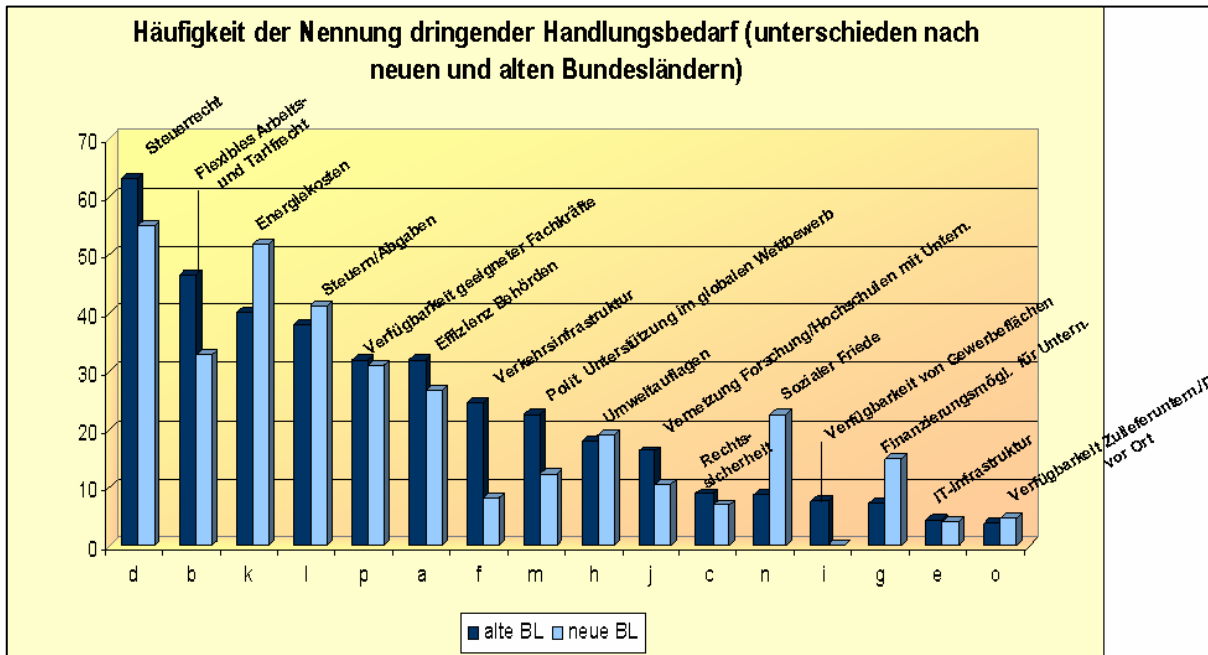
Statt zu vereinfachen wird das Steuerrecht immer mehr durch Missbrauchsbekämpfung überfrachtet. Dies reicht von der Besteuerung von Zinsen über die bürokratische Überwachung von Verrechnungspreisen bis hin zum generellen Missbrauchsverdacht in der Abgabenordnung. Die Folge: Von allen Standortfaktoren erhält das

deutsche Steuerrecht die mit Abstand schlechteste Note: ein „Mangelhaft“ (4,7). Vielfach schwächt das Unternehmensteuerrecht auch Forschung und Innovation. Ein Beispiel: Zinsschranke und Besteuerung von Funktionsverlagerungen hemmen Investitionen und Forschungsaktivitäten. Die Anwendung des Steuerrechts ist vielfach nur noch für Experten möglich. Die Folge: Praxistauglichkeit und Komplexität des Steuerrechts in Deutschland wird von Unternehmen mit „mangelhaft“ – und damit nicht wettbewerbsfähig – bewertet. Die Industrie vermisst insbesondere verlässliche und transparente Rahmenbedingungen für Investitionen. Die Unternehmen erwarten, dass Steueränderungen nicht primär aufkommensorientiert oder Reaktionen auf gerichtliche Einzelfallentscheidungen sind. Notwendig sind daher die konsequente Deregulierung und Vereinfachung des nationalen Steuerrechts.

„Wirtschaftspolitik allgemein“

e.) IT-Infrastruktur

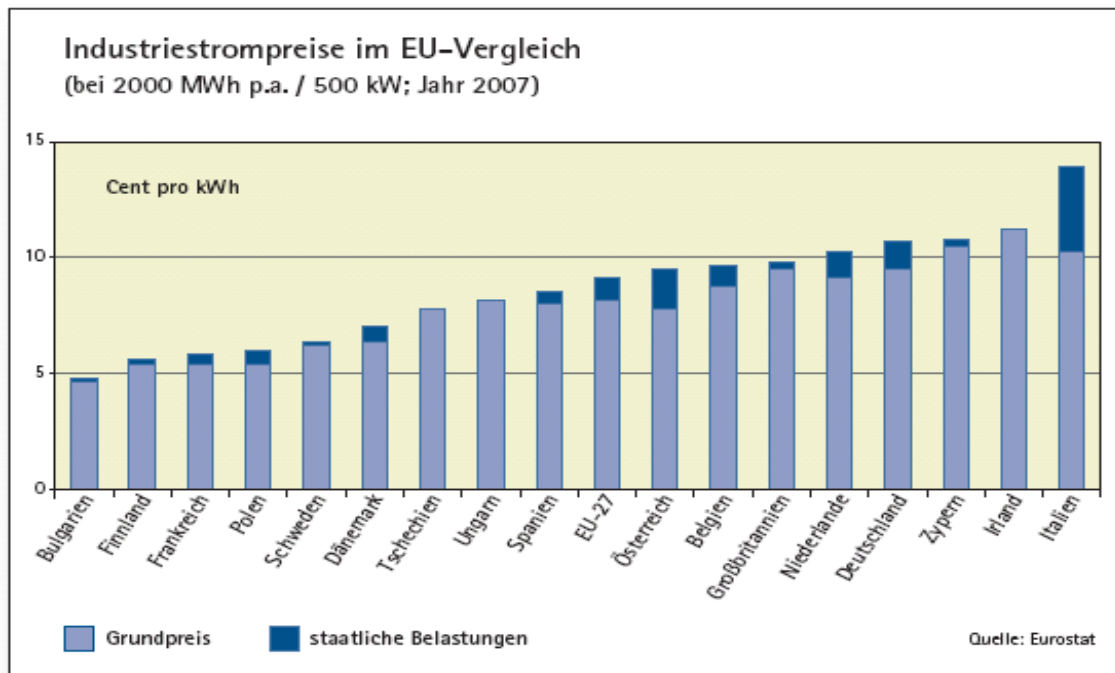
Die IT-Infrastruktur in Deutschland bewerten die befragten Unternehmen mit einer 2,2 als „gut“. Insbesondere in den neuen Bundesländern ist die Industrie mit der vorhandenen Struktur zufrieden. Dennoch: Während in Ballungsgebieten die Zugänge zum Internet immer schneller werden, müssen viele ländliche Regionen noch ohne schnelle Kommunikationsinfrastruktur auskommen. Fehlende Breitbandanschlüsse sind in diesen Regionen mittlerweile ein erkennbares Hemmnis für Standortansiedlungen von Unternehmen. Eine



einheitliche Lösung für alle Regionen wird es aus ökonomisch-technischen Gründen leider kaum geben können. Regionalspezifische „Technikportfolios“ führen aber zu einem Flickenteppich und können nur ein unzureichender Ersatz sein. Die flächendeckend beste Lösung wäre stattdessen die Nutzung bestimmter Rundfunkfrequenzen. EU-weit soll die Rundfunkübertragung bis 2012 von analoger auf digitale Technik umgestellt werden. Hierbei werden in erheblichem Maße Funkfrequenzen im UHF-Band frei. Dieser Frequenzgewinn wird als so genannte digitale Dividende bezeichnet, die es zu heben gilt. Mit der Nutzung dieser Frequenzbänder wäre es möglich, weiße Flecken bei der Breitbandversorgung in ländlichen Gebieten zeitnah zu schließen – und das mit erheblich geringeren Kosten für den Infrastrukturausbau als mit den herkömmlichen Funktechnologien. Zudem: Die Gebietskörperschaften sind ihrerseits Anbieter von E-Government-Diensten. Die digitalen Anwendungen auf den Gebieten Gesundheit (E-Health) und Verwaltung (E-Government) verlangen nach schnellen Internetanschlüssen. Ohne Breitband im ländlichen Raum können diese Dienste mittelfristig nicht flächendeckend genutzt werden – und wären eine Fehlinvestition zu Lasten der Steuerzahler. Funkfrequenzen sind daher eine grundlegende Infrastruktur, die volkswirtschaftlich effizient genutzt werden muss – auch im Sinne eines starken Industriestandorts Deutschland.

f.) Verkehrsinfrastruktur

Eine leistungsfähige, moderne und nachfragegerechte Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für einen langfristig wettbewerbsfähigen Industriestandort Deutschland. Ihre Nutzung muss zu angemessenen Kosten und ohne administrative Hemmnisse möglich sein. Denn: Ohne die logistischen Voraussetzungen wird der hiesige Produktionsstandort zurückfallen. Die Sorge ist berechtigt: Die Unternehmen geben der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Verkehrsinfrastruktur die Schulnote 2,7, also gerade einmal eine „drei plus“. Da ein Ausbau der Infrastruktur aufgrund der Höhe der notwendigen Investitionen und der Dauer der Baumaßnahmen nur langsam erfolgt, müssen jetzt die Weichen richtig gestellt werden; die Infrastruktur-Maßnahmen im Konjunkturpaket II waren also längst überfällig. Hinzu kommt: Eine aktuelle Prognose der Bundesregierung geht von einer Verdoppelung der Verkehrsleistung im Güterverkehr bis 2050 aus. Hintergrund ist insbesondere auch die voranschreitende Arbeitsteilung in der Industrie und zwischen den Wirtschaftssektoren. Viele Neubauprojekte liegen allerdings wegen zu geringer Planungskapazitäten auf Eis. Auch wurden die gestiegenen Steuer- und Maut-einnahmen nicht genutzt, um im Verkehrsbereich Engpässe zu beseitigen. Zudem erodiert das Bestandsnetz – Klagen über sanierungsbedürftige Straßen- und Schienenstrecken nehmen zu; viele Wasserstraßen sind für moderne Güterschiffe noch nicht nutzbar.



g.) Vernetzung von Forschung/Hochschulen mit Unternehmen

An einer zunehmenden Vernetzung der Unternehmen mit den Universitäten und Forschungseinrichtungen vor Ort führt kein Weg vorbei. Über zwei Drittel (68%) der Unternehmen gehen diesen Weg, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben. Diese hohe Nachfrage nach Kooperation seitens der Wirtschaft stößt jedoch immer wieder auf Widerstände. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für eine solche zunehmende Vernetzung werden nur mit einer 2,8 („voll befriedigend“) bewertet. Trotz des erkennbaren Willens der Wirtschaftspolitik auf Länder und Bundesebene, hier für Verbesserungen zu sorgen, fehlt insbesondere kleineren Unternehmen in der Praxis die Möglichkeit, auch bei kleineren Projekten bürokratiearm mit Forschungseinrichtungen zusammenzuarbeiten. Das hängt auch mit der Prioritätensetzung der Forschungseinrichtungen zusammen, die es oftmals vorziehen mit großen Unternehmen zu kooperieren. Gründe hierfür liegen in der damit verbundenen höheren Planungssicherheit und dem größeren Prestigegehalt.

An diesem Defizit setzt die Politik mit dem neuen Instrument der Forschungsprämie an. Forschungseinrichtungen erhalten einen zweckgebundenen Zuschlag falls sie mit Unternehmen mit weniger als 1.000 Mitarbeitern kooperieren. In der Praxis funktioniert dieses Instrument jedoch nicht, die

Mittel für 2008 wurden zum überwiegenden Teil nicht abgerufen. Somit muss an dieser Stelle das Instrument der Forschungsprämie dringend verbessert oder ein anderer Mechanismus zur Förderung der Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und KMU entwickelt werden.

h.) Umweltauflagen

Die Industrie ist Problemlöser – und nicht allein Verursacher von Umweltproblemen. Hohes Umweltbewusstsein, anspruchsvolle Umweltstandards, steigende Kosten für die Ressourcennutzung und die Innovationsfähigkeit der Unternehmen machen es möglich: Trotz wachsender Produktion sinken die Belastungen für Umwelt und Natur kontinuierlich. Zudem ist eine „grüne Industriepolitik“ Chance und Risiko zugleich: Mit der führenden Rolle deutscher Umwelttechnologie legitimiert die Politik strenge Anforderungen an die Produktion in Deutschland als Instrument der Wirtschaftsförderung. Gleichzeitig werden aber Unternehmen im internationalen Wettbewerb gefährdet, solange außerhalb von Deutschland und der EU keine vergleichbaren Anforderungen gelten. Die befragten Unternehmen geben daher dem Standortfaktor Umweltschutz nur eine 3,3 („befriedigend“). Hintergrund: Unternehmen leiden unter einer Flut von Umweltvorschriften. Die mehreren tausend Regelungen der EU, des Bundes, der Länder und der Kommunen sind untereinander vielfach nicht abgestimmt. Politische Kompromisse schlagen sich in schwammigen

gen, zum Teil widersprüchlichen Forderungen nieder. Auch die Folgenabschätzung neuer Regelungen ist unbefriedigend, z. B. bei der Feinstaubrichtlinie. Flächenbezogene Restriktionen gefährden darüber hinaus die einzelnen Standorte: Regelungen zu Luftqualität, Umgebungslärm oder Naturschutz berücksichtigen den Bedarf von Wirtschaft und Infrastruktur nicht ausreichend. Die Unternehmen des Netzwerks Industrie werden dadurch ebenso behindert wie Verkehrs- und Handelsunternehmen.

i.) Verfügbarkeit von Gewerbeflächen

Die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen bewerten die Unternehmen mit einer 2,5. Nur knapp jedes zwanzigste befragte Unternehmen sieht hier einen dringlichen Handlungsbedarf. Gerade in den neuen Bundesländern stellt dieser Standortfaktor nur sehr selten ein Problem dar – kein einziges der dort befragten Unternehmen sieht auf diesem Feld dringlichen Handlungsbedarf. In den alten Bundesländern stoßen aber gerade bei größeren Ansiedlungs- oder Erweiterungsvorhaben potenzielle Investoren häufig auf Probleme. Die Raumordnungspolitik sollte daher ungeachtet der Bedeutung von Umwelt- und Flächenschutz auch künftig dafür Sorge tragen, dass entsprechende Ressourcen bereitgehalten werden. Die Verfügbarkeit geeigneter industriell nutzbarer Gewerbeflächen gehört zu den Voraussetzungen eines leistungsfähigen und für Investoren attraktiven Industriestandorts Deutschland.

j.) Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen

Ein intakter Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten ist eine wesentliche Voraussetzung für Investitionen und der Liquiditätsversorgung der Industrieunternehmen. Die Finanzmarktkrise zeigt dies deutlich. In „normalen“ Zeiten (Befragungszeitraum Sommer 2008) sind die Unternehmen mit ihren Finanzierungsmöglichkeiten einigermaßen zufrieden (Note von 2,8). Auch haben vor der Verschärfung der Finanzmarktkrise nur 8,6 Prozent der Industrieunternehmen hier einen dringenden Handlungsbedarf gesehen. Das ist ein Beleg dafür, dass die Refinanzierung weitgehend funktioniert. Dazu trägt auch das Hausbankensystem in Deutschland bei. Zudem haben die Unternehmen selbst in den vergangenen Jahren die Finanzierungsfenster aus eigener Kraft geöffnet. Die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit und eine bessere Eigenka-

pitalausstattung – auch auf Druck von Basel II – hat die Bonität der meisten Unternehmen erhöht. Dies erleichtert den Zugang zu Krediten und sichert günstige Finanzierungsbedingungen. Zudem ist dadurch eine insgesamt bereiter aufgestellte Unternehmensfinanzierung z.B. über den Kapitalmarkt möglich.

Selbst in der Krise, das zeigen DIHK-Umfragen zu den Kreditkonditionen, ist der Zugang zu Finanzierungsmitteln nicht versperrt. Während zu Jahresbeginn 2008 noch vier Prozent der Unternehmen von Kreditablehnungen berichtet haben, sind es zu Jahresbeginn 2009 nur zwei Prozent. Allerdings haben sich die Finanzierungsbedingungen für Industrieunternehmen deutlich verschlechtert. Denn mittlerweile berichten 21 Prozent von schlechteren Konditionen – ein Jahr zuvor waren es nur 13 Prozent. Trotz des damit noch immer akzeptablen Bildes für die Gesamtindustrie sehen sich einzelne Branchen durchaus erheblichen Finanzierungsproblemen gegenüber. Probleme haben insbesondere große Kfz-Hersteller. 21 Prozent dieser Unternehmen berichten von Kreditablehnungen. Auch sehen sich Industrieunternehmen bei Kapitalmarktfinanzierungen aktuell deutlich höheren Risikoprämien gegenüber. Zudem saugen Staatsanleihen und staatlich garantierte Bankanleihen, die jetzt in der Krise erheblich an Bedeutung zugenommen haben, einen immer größeren Anteil von Mitteln auf.

Insgesamt ist jedoch zu erwarten, dass die Industrieunternehmen angesichts ihrer höheren Substanz die Krise meistern werden. Denn anders als in Krisen zuvor, haben bei den meisten Unternehmen die äußeren Rahmenbedingungen zu einer schlechteren Finanzierungssituation geführt und nicht die Unternehmenssituation selbst.

Der Standortfaktor „Kosten“

k.) Energiekosten

Nach der Komplexität und Praxistauglichkeit des Steuerrechts sehen die befragten Unternehmen bei den Energiekosten den zweitdringlichsten Handlungsbedarf der deutschen Wirtschaftspolitik (41 Prozent). Das Problem: Im Energiebereich ersetzt staatliche Lenkung immer mehr den Markt. Mit Technologieverböten sowie Mindestpreisen und Einsatzverpflichtungen für bestimmte Energieformen und Kraft-Wärme-Kopplung sollen

politische Ziele erreicht werden. Kosteneffizienz spielt beim Einsatz dieser Instrumente indes eher eine untergeordnete Rolle – mit der Folge, dass die deutsche Wirtschaft auch in Zukunft weit über dem EU-Durchschnitt liegende Energiepreise zahlen dürfte. Ohnehin ist die Energiepolitik auf EU-Ebene unzureichend abgestimmt. Insbesondere bei den Regelungen für grenzüberschreitende Energienetze und der Förderung erneuerbarer Energien werden die Vorteile des gemeinsamen Binnenmarktes nicht ausreichend erschlossen. Energierecht schuf bisher zu wenig Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt: Die Entscheidungen der Bundesnetzagentur führen zwar zu sinkenden Netznutzungstarifen. Komplizierte Gasnetzzugangsregeln und die Dominanz weniger Stromerzeuger erschweren jedoch den Markteintritt neuer Wettbewerber.

Auch die Defizite bei der Energieforschung gefährden die Zukunftschancen des Industriestandorts Deutschland: Forschung und Innovation sind entscheidende Schritte zu einem bezahlbaren Klimaschutz und einer langfristigen Versorgungssicherheit. Hinzu kommt: Weltweit besteht eine große Nachfrage nach moderner Energietechnologie. Die Bundesregierung stellt jedoch noch immer zu wenig Mittel für die Energieforschung zur Verfügung. Die in den Energiegipfeln angekündigte Aufstockung der Mittel führt im Gesamtergebnis nur zu 500 Mio. Euro p.a. – nach etwa einer Milliarde Euro pro Jahr in den achtziger Jahren.

I.) Steuern/Abgaben

Trotz der Unternehmensteuerreform 2008 liegt die effektive Steuerbelastung der Firmengewinne in Deutschland immer noch im oberen Mittelfeld Europas. Während die Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften 2008 bei knapp 26 Prozent lag (EU: 23,5 Prozent), beträgt sie in Deutschland immer noch knapp 30 Prozent. Die Höhe der Steuern und Abgaben benoten die Unternehmen daher im internationalen Vergleich nur mit einer 4,0 („ausreichend“).

Auch aus Sicht der Unternehmen des Netzwerks Industrie ist Deutschland damit weiter Hochsteuerland. Zwar wird der Standort internationaler Konzerne durch die Senkung der Körperschaftsteuer gestärkt, mittelständische Personengesellschaften mit ihrem hohen Innovations- und Arbeitsplatzpotenzial werden aber weit mehr be-

als entlastet. Zudem droht im Rahmen der Erbschaftssteuerreform das Vererben in Deutschland zu einem betriebswirtschaftlichen Risiko zu werden. Dies behindert den Erhalt von Wissen und Arbeit und schwächt den Industriestandort Deutschland.

Sonstige Standortfaktoren

m.) Politische Unterstützung

Die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf den internationalen Märkten haben sich die Unternehmen zumeist selbst erarbeitet – durch tief greifende und oft schmerzhaftes Reformprozesse in den vergangenen Jahren. Die Mehrheit der befragten Unternehmen sieht daher auch keine Notwendigkeit einer direkten, unternehmensbezogenen staatlichen Hilfe im Auslandsgeschäft. Neun von zehn Unternehmen (90%) sprechen sich ohnehin für eine liberale, nicht-interventionistische Wirtschaftspolitik aus. Dennoch erhält der Standortfaktor „Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb“ nur eine 3,5 („voll ausreichend“). Etwa jedes sechste Unternehmen sieht hier dringlichen Handlungsbedarf der Wirtschaftspolitik. Insbesondere auf dem Feld der Normung bzw. Standardisierung, dem Freihandel sowie der Verfolgung von illegalen Wirtschaftspraktiken von Wettbewerbern aus anderen Staaten wünschen sich die Unternehmen eine stärkere Positionierung seitens der Bundesregierung. Als klares Manko nennen mehrere Unternehmen die fehlende Koordinierung der Außenhandelsförderung zwischen Bund und Ländern. Positiv wird dagegen die Rolle der Außenhandelskammern gesehen, die mit Ihrem praxisnahen Angebot oftmals gerade auch kleineren mittelständischen Unternehmen im Ausland konkrete Hilfestellungen geben können.

n.) Sozialer Friede

Der soziale Friede in Deutschland ist einer seiner größten Standortvorteile im globalen Wettbewerb. Die damit verbundene geringe Streikhäufigkeit, hohe Lebensqualität und langfristige Stabilität sind klare Pluspunkte, gerade gegenüber vielen nichteuropäischen Produktionsstandorten. Dennoch geben die befragten Unternehmen diesem Standortfaktor im internationalen Vergleich nur die Note 2,5. Hintergrund: Eine Vielzahl der Unternehmen – vor allem in den neuen Bundesländern – fürchtet, dass sich die Schere zwi-

schen Arm und Reich auch hierzulande weiter öffnet. Kritisiert werden vor allem die andauernde Neiddebatte sowie der damit erstarkende wirtschaftspolitische Populismus. Notwendig ist nach Ansicht der Unternehmen die „Absicherung eines Konsenses zur sozialen Marktwirtschaft“. Neben einer stärkeren Vermittlung von Fakten in der Medienberichterstattung und der notwendigen Stärkung über wirtschaftliche Zusammenhänge in der Gesellschaft fordern die Unternehmen auch verstärkte Anstrengungen in der Bildungspolitik. Annähernd gleiche Aufstiegschancen für alle Bevölkerungsgruppen – einschließlich der in Deutschland lebenden Ausländer – sind auch nach Ansicht der Unternehmen eine wichtige Voraussetzung für langfristige gesellschaftliche Stabilität hierzulande. Die Politik darf nicht den Fehler begehen, soziale Gerechtigkeit mit „Umverteilung“ gleichzusetzen. Notwendig ist vielmehr eine Reduzierung der Steuer- und Abgabenlast („mehr netto!“), die Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifrechts sowie eine Stärkung des Mittelstands als wichtige Voraussetzung für die Erhaltung des sozialen Friedens in Deutschland. Die Wirtschaft steht hier auch selbst in der Verantwortung – und nimmt diese beispielsweise im Rahmen des höchst erfolgreichen „Ausbildungspaktes“ wahr.

o.) Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen/Dienstleistern vor Ort

Von allen vorgegebenen 16 Standortfaktoren bewerten die Unternehmen die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen/Dienstleistern vor Ort mit einer 2,2 („gut“) am besten. Das Ergebnis spiegelt die Vielfalt der Unternehmen am Standort Deutschland wider. Trotz des zum Teil scharfen Wettbewerbs untereinander – die zahlreichen, oft hoch spezialisierten Produzenten, Zulieferer und Dienstleister bilden in den meisten Fällen historisch gewachsene, hochflexible und schlagkräftige Netzwerke. Zwar hat die ortsnahe Zulieferung durch Internet und verfügbare Logistik an Bedeutung verloren, die Bedeutung globaler Wertschöpfungsketten zugenommen. Die Verfügbarkeit vor Ort hat jedoch weiterhin ihre Vorteile. Angesichts der häufig kurzen Wege haben sich regional oftmals starke Cluster und Kooperationsplattformen gebildet, deren Ausbau die Unternehmen weiter forcieren: Vier von fünf der befragten Unternehmen setzen auf verstärkte Kooperation mit anderen Betrieben. Für die industriebezogene Wirtschaftspolitik heißt das: Die Vielfältigkeit des

industriellen Mittelstandes darf nicht durch KMU-feindliche Rahmenbedingungen vor Ort verloren gehen. Gleichzeitig müssen Formen der Netzwerkbildung auf allen Ebenen noch stärker gefördert werden, während unabhängig davon die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen für eine enge Kooperation der hiesigen Unternehmen untereinander zu erhalten bzw. neu zu schaffen sind. Nur so wird die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen/Dienstleistern vor Ort ein gewichtiger Standortvorteil Deutschlands bleiben können.

Verfügbarkeit geeigneter Fachkräfte

Trotz immer noch zu hoher Arbeitslosigkeit hat ein Drittel der Unternehmen – in der Industrie sogar 40 Prozent – Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung. Im Zuge des demografischen Wandels wird sich dieser Fachkräftemangel schon bald weiter verstärken. Hier drohen dem (Industrie-) Standort Deutschland gravierende Wachstumsverluste und Nachteile im globalen Wettbewerb um Investitionen. Das größte Hindernis für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sehen die Unternehmen in zu hohen Arbeitskosten. Hierzu dürften auch die wegen des Gesundheitsfonds steigenden Lohnzusatzkosten beigetragen haben. Auch die strikten Vorgaben des Arbeitsrechts werden als Beschäftigungsbremse gesehen. Die zusätzliche Einführung von Mindestlöhnen wäre gerade im konjunkturellen Abschwung Gift für die Beschäftigung von Geringqualifizierten. Im internationalen Wettbewerb um Hochqualifizierte ist die hohe Einkommensteuerbelastung in Deutschland – Stichwort „kalte Progression“ ein weiteres Manko des (Industrie-)Standorts Deutschland.

ZUKUNFT WIRD HEUTE GEMACHT

Produktion auch langfristig in Deutschland

Deutschland ist ein starker Produktionsstandort – und wird sich – anders als vermutlich viele andere der etablierten westlichen Industriestaaten – auch langfristig im globalen Wettbewerb behaupten können. Zu diesem positiven Schluss kommt die Mehrheit der befragten Unternehmen. Aktuell schätzen die befragten Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie den Anteil der deutschen Produktion im gesamten Wertschöpfungsprozess ihres jeweiligen Produktes auf rund 70 Prozent. Im Jahr 2020 werden es nach Ansicht der Unternehmen immerhin noch 56 Prozent sein. Am negativsten schätzen die Unternehmen des Kraftzeugbaus ihre Situation am Standort Deutschland im Jahr 2020 ein. Sie befürchten einen Rückgang um 35 Prozentpunkte (von 86,1 Prozent auf 51,7 Prozent), gefolgt von der Pharmazeutischen Industrie (von 88,3 % auf 65,0 %). Deutschland wird insofern zwar relative Anteile an dem globalen industriellen Wertschöpfungsprozess verlieren – in Anbetracht aufstrebender neuer Produktionsstandorte in aller Welt ist es jedoch bemerkenswert, dass die befragten Unternehmen auch im

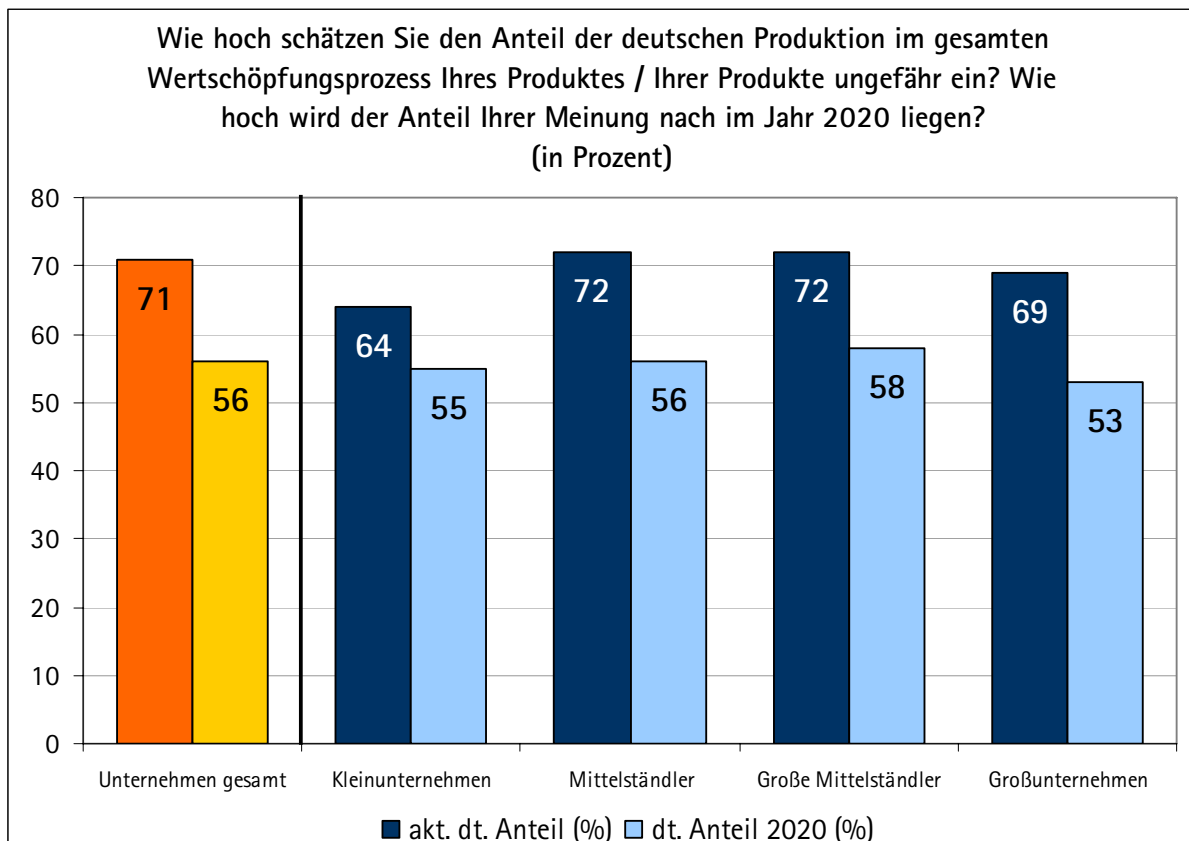
Jahr 2020 immer noch mehr als die Hälfte des Wertschöpfungsprozesses ihrer Produkte in Deutschland sehen. In allen Unternehmensgrößenklassen besteht damit ein grundsätzliches Vertrauen in die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland. Dies entlastet die Politik allerdings nicht von ihrer Verantwortung für vernünftige Standortbedingungen vor Ort. Die Unternehmen, die – im Wesentlichen aus Kostengründen – aktuell den Weg der Auslandsverlagerung gehen müssen, sehen nur 40 Prozent ihrer zukünftigen Wertschöpfung im Inland.

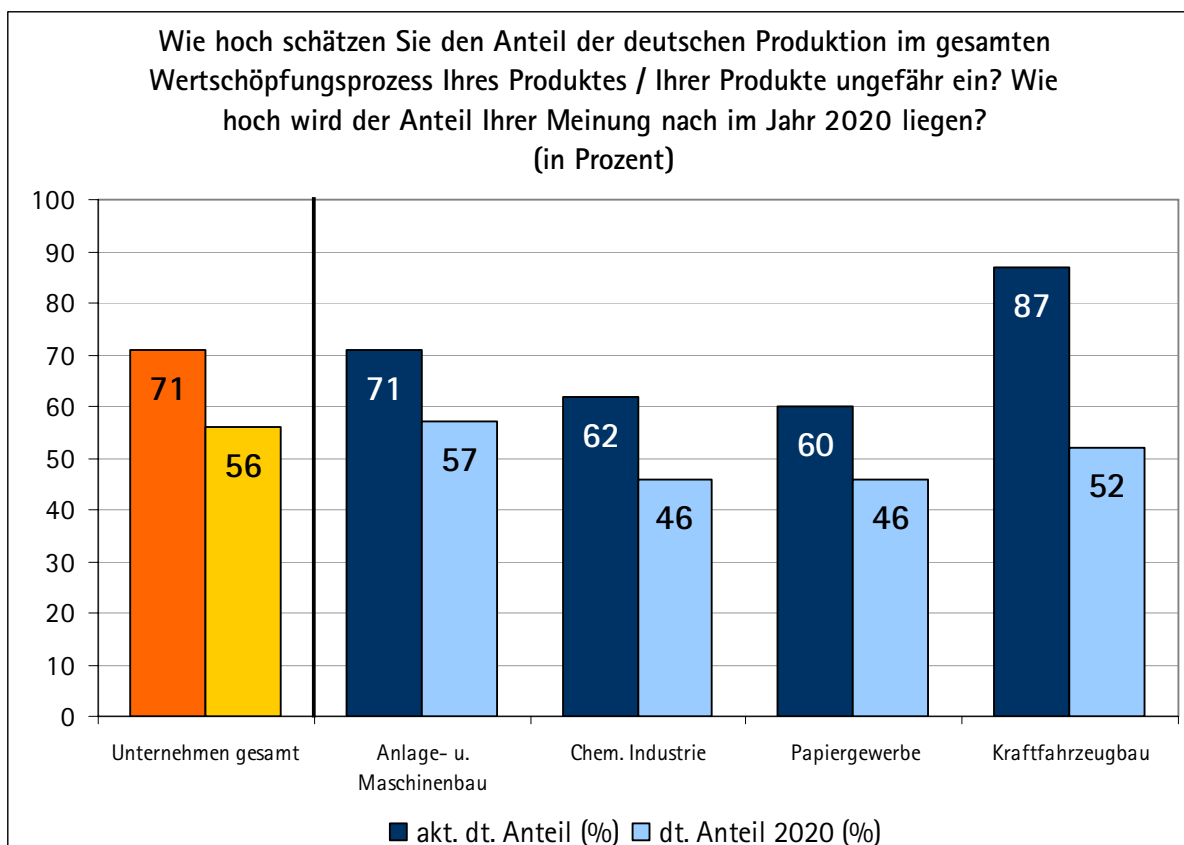
„Gute Unternehmen haben auch in der Zukunft eine Chance am Standort Deutschland.“

Geschäftsführer eines mittelständischen Werkes in Wuppertal

Kreativität ist gefragt

Nach Ansicht der interviewten Unternehmen werden sich vor allem spezialisierte Unternehmen mit der Produktion von hochwertigen Produkten am Standort Deutschland behaupten können. In Einzelfällen wird sogar eine Steigerung des deutschen Anteils an der Wertschöpfungskette für





möglich gehalten, da deutsche Produktion häufig Qualitätsvorteile mit sich bringe. Der Schlüssel zum langfristigen Erfolg des Industriestandorts Deutschland liegt damit in der Innovation, Investition und Kreativität seiner Unternehmen. Ein Steigerung ist hier dringend notwendig: Die Innovationsfähigkeit des Standorts Deutschland bewegt sich laut einer Studie des DIW vom November 2008 im internationalen Vergleich der OECD-Länder weiterhin nur im Mittelfeld.⁵

Qualität und Spezialisierung als Chance

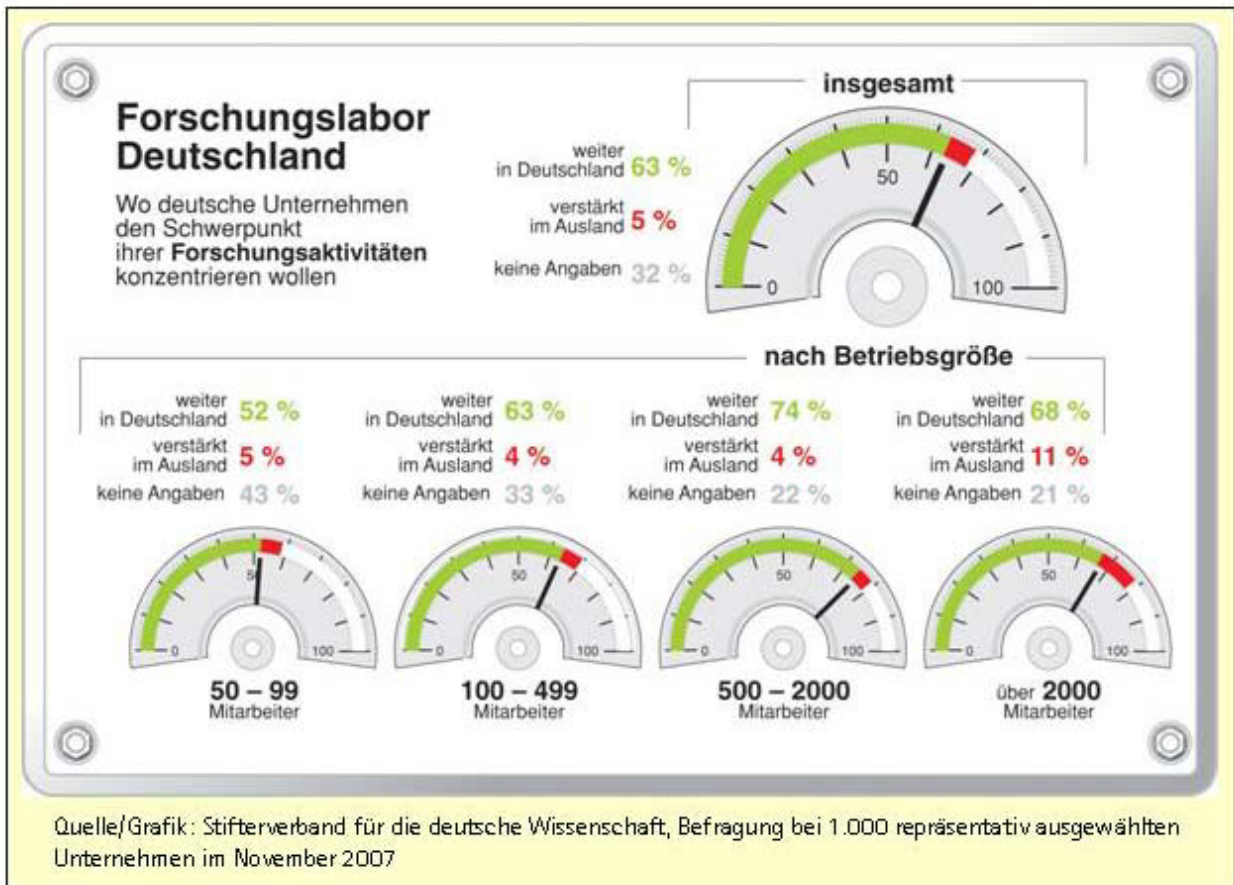
Mehrheitlich einig waren sich die befragten Unternehmen, dass gerade in der Produktion von Qualitätsgütern der Standort Deutschland auch weiterhin wettbewerbsfähig bleiben kann. Dies gilt jedoch nur, wenn die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen, sich der Anstieg Rohstoff-, Transport-, Arbeits- sowie Energiekosten nicht zu einem deutlichen Wettbewerbsnachteil ausweitet und insbesondere nicht allzu viele Zulieferer ins Ausland abwandern. Die standardisierte Massenproduktion wird sich allerdings ihrer

nach Meinung weiter ins Ausland verlagern, da hier die hohen Lohnstückkosten in Deutschland den Konkurrenten aus den Schwellenländern nur schwer standhalten können. Bei knapp zwei Drittel (65 Prozent) der befragten Unternehmen werden Spezialisierung und die Besetzung von Nischenmärkten daher in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen. Im Gegensatz zu Großunternehmen, die häufig Skaleneffekte nutzen können, setzen gerade die Kleinunternehmen (68 Prozent) auf diese Strategie. Nicht wenige von ihnen sehen sich mit ihrer Flexibilität sogar in einem klaren Vorteil gegenüber größeren nationalen oder auch internationalen Mitwettbewerbern.

„Unser Unternehmen hat negative Erfahrung mit der Fertigung im Ausland gemacht, da die Qualität nicht dauerhaft ausreichend war für den High-Quality Sektor, in dem die Firma tätig ist.“

Geschäftsführer eines Industrieunternehmens in Wörth/Donau

⁵ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Innovationsindikator Deutschland, November 2008.



Megatrends: ständige Innovation...

Die Innovationskraft deutscher Unternehmen hängt unmittelbar mit ihren Ausgaben für Forschung und Entwicklung zusammen. Aus diesem Grund steht die Ausweitung der FuE-Investitionen weiterhin ganz oben auf der Agenda. 72 Prozent der befragten Unternehmen halten dies für notwendig, um sich dauerhaft im internationalen Wettbewerb behaupten zu können. Selbst die kleinen Unternehmen gehen diesen Weg: Mehr als jedes zweite befragte Unternehmen dieser Größenklasse setzt auf verstärkte Forschung und Entwicklung. Ohnehin trägt das Verarbeitende Gewerbe zu mehr als 90 Prozent zu den FuE-Ausgaben der Gesamtwirtschaft bei. Der Forschungsstandort Deutschland fußt damit maßgeblich auf einem starken Netzwerk Industrie.

...und Kooperation mit der Wissenschaft

Ein wichtiger Baustein zur Stärkung der eigenen Innovationskraft ist für die Unternehmen die Kooperation mit der Wissenschaft. Mehr als zwei Drittel der befragten Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie setzen daher auf eine immer engere Kooperation mit Universitäten und For-

schungseinrichtungen. Selbst bei den kleinen Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern gehen mehr als die Hälfte diesen Weg, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Mehrzahl der Unternehmen befürwortet daher die Förderung und Stärkung unternehmensgetriebener Cluster und Netzwerke. Die Aufgabe der Politik sehen sie hier zumeist darin, kontinuierlich Hemmnisse der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft abzubauen. In solchen Kooperationen sehen viele Unternehmen – neben der Steigerung der eigenen Innovationskraft – zudem eine Möglichkeit, hoch qualifizierte neue Mitarbeiter an sich zu binden.

Digitalisierte Produktion setzt sich durch

Die Digitalisierung der Produktionsprozesse ist ein wichtiger Baustein für die dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit des Netzwerks Industrie am Standort Deutschland – und Voraussetzung für eine Fortsetzung des Megatrends „Netzwerkbildung und Kooperation“. Mehr als zwei von drei der befragten Unternehmen (67 Prozent) investieren derzeit in diese Richtung. Bei den befragten größeren Unternehmen mit 500 oder mehr Mitarbeitern setzen sogar drei von vier auf eine fortgesetzte Digitalisierung ihrer Produktion. Aber auch

die kleineren werden weiter in diese Richtung investieren – selbst unter den befragten Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern geht mehr als jedes zweite (54 Prozent) diesen Weg. Dies ist ein beachtlicher Wert, wenn man bedenkt, dass die deutsche Wirtschaft schon heute ein hohes Maß an Digitalisierung erreicht hat.

Ausbau der Mitarbeiterqualifizierung

Hoch- und spitzentechnologische Nischenmärkte, in denen qualitativ hochwertige Produkte hergestellt werden, erfordern die entsprechenden Fachkräfte. Diese sind zurzeit in Deutschland – trotz Konjunkturschwäche – eher Mangelware. Viele der befragten Unternehmen sehen Fachkräftemangel im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich (MINT Fächer). Die Unternehmen sehen

„Produktion von Massengütern wird zukünftig uninteressanter werden, dafür bietet sich Deutschland zunehmend als Produktionsstandort für Nischenprodukte aufgrund vorherrschender hoher Kreativität und hohem Bildungsstand an.“

Geschäftsführer eines mittelständischen Werkes aus dem Lahn-Dill-Kreis

hier auch ihre eigene Verantwortung: Qualifizierung und Weiterbildung der Mitarbeiter wird von der großen Mehrheit der befragten Unternehmen als Schlüssel zum Erfolg gesehen. 96 Prozent der Unternehmen des Netzwerks Industrie gehen diesen Weg, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Unternehmen begegnen somit den Herausforderungen der Zukunft in erster Linie mit eigenem Engagement – und setzen auf eine verstärkte Mitarbeiterqualifizierung und -weiterbildung. Mit Blick auf die Politik fordern die Unternehmen vor allem die verstärkte und vereinfachte Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland.

Netzwerke immer wichtiger

Eine weitere Konsequenz zunehmender Spezialisierung der einzelnen Akteure ist die Notwendigkeit zur Kooperation mit Partnern im Netzwerk – sowohl auf nationaler Ebene als auch auf internationaler Ebene. Vier von fünf der Unternehmen (80 Prozent) nennen eine verstärkte Kooperation mit anderen Unternehmen der Branche als eine ihrer Strategien, um dauerhaft wettbewerbsfähig

zu bleiben. Gerade die kleinen Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie stehen bei diesem Trend an der Spitze (86 Prozent). Deutlich wird diese enge Verflechtung an dem Verhältnis zwischen Zulieferern und Autobauern in Deutschland: Angesichts der gegenseitigen Abhängigkeiten und Verflechtungen kann hier bereits der Ausfall eines einzelnen Gliedes der Wertschöpfungskette gravierende Folgen für den gesamten Herstellungsprozess haben. Die zunehmende Verflechtung zwischen den Unternehmen macht dabei keineswegs an den nationalen Grenzen halt – Gerade der europäische Binnenmarkt mit seinen Freiheiten hat hier in den letzten Jahren neue Möglichkeiten für deutsche Unternehmen geschaffen.


Konsequente Internationalisierungsstrategie

Die Motive für Auslandsinvestitionen sind bei den Unternehmen sehr unterschiedlich. Eines ist aber eindeutig: Eine konsequente Internationalisierungsstrategie der Unternehmen – sei es aus Kostengründen, zur Markterschließung oder zum Ausbau des Vertriebs- oder Kundendienstnetzes – ist Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland. Etwa sieben von zehn der befragten Unternehmen (68 Prozent) setzen verstärkt Kapital im Ausland ein, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben. Im Jahresverlauf 2008 sind dabei erstmals seit 2003 wieder ausländische Standorte als Alternative zur Inlandsproduktion ins Blickfeld deutscher Industrieunternehmen geraten. Dennoch: Weiterhin investiert mit 65 Prozent die klare Mehrheit der Unternehmen aus marktstrategischen Motiven heraus im Ausland. Dieser Internationalisierungskurs ist zum Vorteil Deutschlands: Er sichert die Wettbewerbsfähigkeit der Produktion und sorgt damit auch am heimischen Standort für mehr Wachstum und Beschäftigung.⁶

Verlagerung dennoch häufig alternativlos...

Ungeachtet des Bekenntnisses der Unternehmen zum Industriestandort Deutschland muss aktuell allerdings etwa jedes fünfte befragte Unternehmen (21 Prozent) den Weg einer (Teil-) Verlagerung seiner Produktion ins Ausland gehen, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben. Auffällig: Vor allem die Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten haben durchaus eine Auslandsver-

⁶ Vgl.: DIHK-Unternehmensbefragung „Investitionen im Ausland“, Berlin, Frühjahr 2008.



lagerung von Teilen ihrer Produktion im Auge – bei den größeren Mittelständlern mit 500–1.000 Mitarbeitern sind es 39 Prozent, bei den Großunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten sogar 40 Prozent. Auf der anderen Seite zeigt das Ergebnis, dass gerade die KMU das Rückgrat des heimischen Industrieverbundes bilden: Lediglich 7,8 Prozent der Kleinunternehmen (bis 19 Mitarbeiter) und 16,9 Prozent der Mittelständler (20 bis 499 Mitarbeiter) gehen aktuell den Weg der Auslandsverlagerung.

...und Warnsignal für die Wirtschaftspolitik

Die industrielle Basis in Deutschland ist damit auf absehbare Zeit zwar nicht gefährdet. Dennoch sollte die Wirtschaftspolitik die Zahlen zum

Anlass nehmen, die Rahmenbedingungen für Industrieunternehmen in Deutschland zu verbessern. Bereits im Frühjahr 2008 ergab eine Umfrage des DIHK, dass erstmals seit dem Krisenjahr 2003 wieder mehr Industrieunternehmen – vor allem aufgrund von erwarteten Kostensteigerungen im Inland – ihre Auslandsproduktion ausweiten. Sorgen bereiteten den Unternehmen insbesondere der zunehmende Fachkräftemangel, das mögliche Ende der moderaten Arbeitskostenentwicklung, die Einführung von Branchenmindestlöhnen, die Diskussionen um die Erbschaftsteuerreform. Auch zunehmende Umweltauflagen und die Dauer von Genehmigungsverfahren machen sich negativ bemerkbar und werden vielfach als Beweggründe für eine Auslandsverlagerung genannt.

DIE INDUSTRIEPOLITIK DER ZUKUNFT

Wettbewerb stärken

Die Themen „Unternehmensbeihilfen“ und Staatsbürgschaften“ haben in der aktuellen Finanzmarktkrise an Bedeutung zugenommen – einzelne betroffene Akteure in Politik und Wirtschaft rufen immer stärker nach staatlichen Interventionen in den Markt. Die klare Mehrheit der Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie bekennt sich aber zu einer liberalen, nicht interventionistischen Wirtschaftspolitik. Hier gilt es bewährte Pfade deutscher Wirtschaftspolitik weiterzugehen. Neun von zehn der befragten Unternehmen sprechen sich in den Interviews für eine ordnungspolitisch saubere Wirtschaftspolitik aus – bei den Großunternehmen sind es sogar 95 Prozent. Angesichts ihrer – in einem schwierigen wirtschaftspolitischen Umfeld selbst hart erarbeiteten – hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit wünschen sich die Unternehmen vielmehr, dass sich die Wirtschaftspolitik im Wesentlichen auf die Bereitstellung günstiger Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Produktion am Standort Deutschland konzentriert. Hier gibt es genug zu tun: Sei es beispielsweise in der Steuer-, der Arbeitsmarkt- oder der Energiepolitik.

Weder Nachwächterstaat ...

Ungeachtet dessen erkennt die Mehrheit der Unternehmen an, dass ein Eingreifen seitens der Politik – bei allen Risiken – im Fall eines Marktversagens sinnvoll sein kann. Als Beispiele werden vielfach der Telekommunikationsmarkt, der Energiesektor oder auch die Abfallwirtschaft genannt. Der Staat sollte sich nach Ansicht der Unternehmen allerdings auch in diesen Bereichen darauf beschränken, einen funktionierenden Wettbewerb sicherzustellen. Darüber hinausgehende Industriepolitik „alter Prägung“ würde die Fehler der Vergangenheit wiederholen.

... noch Bürokratiemonster

Ein starker Industriestandort Deutschland braucht weder eine marktfremde Subventionsbürokratie noch eine politisch motivierte Lenkung von Angebot und Nachfrage. Die industriebezogene Wirtschaftspolitik in Deutschland – und auch im

Rahmen der Europäischen Union – sollte daher in erster Linie auf die Kräfte des Marktes bauen. Ein funktionierender und intensiver Wettbewerb ist der größte Standortvorteil überhaupt. Oder wie es ein schwäbischer Unternehmer ausdrückt: „Die sollen uns mal schaffe lasse, mir wissen besser wie’s geht!“

Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft

Die Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland entscheidet sich ganz wesentlich an einem funktionierenden Wettbewerb – und an seiner Innovationsfähigkeit. Mehr als acht von zehn Unternehmen (84 Prozent) sind daher für den Abbau unternehmensbezogener Subventionen und gleichzeitig einer Umschichtung der frei werdenden Mittel zu Gunsten einer deutlichen Ausweitung der Investitionen des Staates in Bildung, Forschung und Entwicklung. Von den 62 interviewten Großunternehmen mit über 1.000 Beschäftigten sprachen sich sogar 92 Prozent für eine solche Umschichtung aus. Die Unternehmen

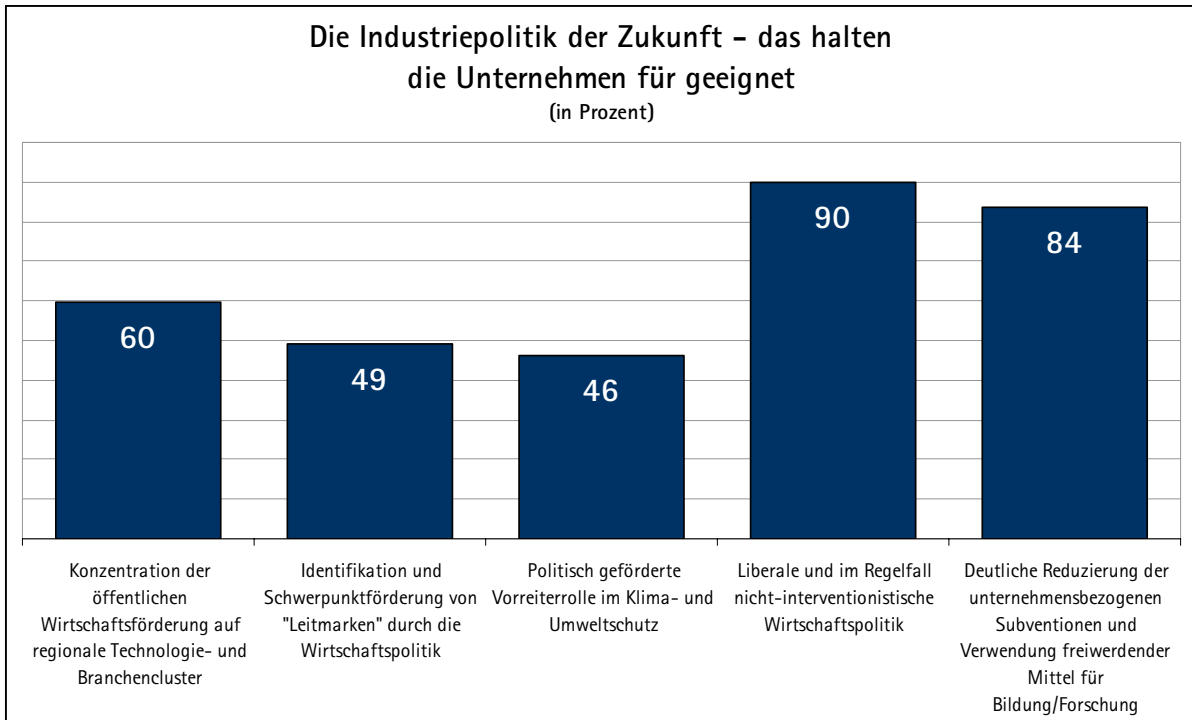
„Investitionen in Bildung und Forschung sind die Kernaufgabe der zukünftigen Politik.“

Maschinenbauunternehmen, Lübeck

des Netzwerks Industrie denken damit langfristiger als die Wirtschaftspolitik. Während unternehmensbezogene Subventionen häufig den Wettbewerb einschränken und damit Wachstumspotenzial gefährden, lohnen sich Investitionen in den Bildungs- und Forschungsstandort nahezu immer. Fachkräftemangel und demografische Entwicklung zwingen uns ohnehin dazu, alle Bildungspotenziale am Standort Deutschland auszuschöpfen. Nur mit einem leistungsfähigen Bildungssystem wird der Produktionsstandort Deutschland langfristig wettbewerbsfähig sein – zumal aus Sicht des Staatshaushaltes höhere Investitionen in Bildung spätere steigende Ausgaben für Arbeitslosigkeit ersparen.

„Nur durch die Förderung der Stärken im Bereich Wissenschaft und Technologie können wir am Markt bestehen.“

Industrienaher Dienstleister, Braunschweig



Mitnahmeeffekte und Bürokratie zu Lasten von KMU

Die aktuelle Subventionspraxis in Deutschland erfährt in den Interviews deutliche Kritik. Gerade die KMU beklagen sich über eine viel zu hohe Umverteilungsbürokratie. Die Folge: In vielen Interviews wird deutlich, dass Großunternehmen häufig in größerem Maße von staatlichen Unterstützungen profitieren. Dennoch können unternehmensbezogene Fördermaßnahmen im Forschungsbereich sinnvoll sein. Ohne die bewährte Projektförderung könnte gerade in kleinen, mittelständischen Unternehmen oft nicht geforscht werden, weil die Mittel für die Vorfinanzierung nicht ausreichen. Auch als Anschlag bei der Existenzgründung halten die Unternehmen staatliche Hilfen für gerechtfertigt. Im Sinne eines starken Produktionsstandorts Deutschland der Zukunft plädieren die befragten Unternehmen damit nicht für einen vollständigen Abbau der unternehmensbezogenen Subventionen. Eines wird in den Interviews aber klar: In den weitaus meisten Fällen wäre das Geld deutlich effizienter in einem Ausbau von Bildung und Forschung oder auch in einer Senkung der Steuer- und Abgabenlast insgesamt angelegt.

Wirtschaftsförderung ja, aber bitte richtig!

Eine verstärkte Kooperation mit anderem Unternehmen ist für 80 Prozent der befragten Unter-

nehmen eine entscheidende Zukunftsstrategie. Die noch stärkere Konzentration der öffentlichen Wirtschaftsförderung auf regionale Technologie- und Branchencluster hält daher die Mehrzahl (59 Prozent) der Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie für richtig. Als Ansatzpunkte für die Förderpolitik nennen die Unternehmen insbesondere einen erleichterten Zugang zu Risikokapital sowie Hilfen bei der Anschubfinanzierung von innovativen Projekten. Gleichzeitig trägt nach Ansicht der Unternehmen eine „gute Förderpolitik“ dazu bei, Wissenschaft und Wirtschaft weiter zu vernetzen. Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaftsförderung wird es aber auch sein, inwieweit die Vergabep Praxis nicht wettbewerbsverzerrend wirkt – und somit Wachstum und Innovation lähmt. Eine Einengung der Förderschwerpunkte auf wenige Branchen oder Technologien – wie beispielsweise der Energietechnik, bei der „grünen Industrie“ oder der Nanotechnologie – lehnen die Unternehmen überwiegend ab. Denn auch wenn diese Branchen und Technologie nach derzeitigem Stand eine große Zukunft haben werden – die Vergangenheit hat immer wieder gezeigt, dass Unternehmen die Zukunftsmärkte besser kennen als die Politik.

Clusterpolitik birgt Chancen ...

Clusterpolitik ist derzeit in aller Munde – sei es auf regionaler Ebene, sei es in den Bundesländern, auf nationaler Ebene oder auch im Rahmen der

EU-Innovationspolitik. Die Unternehmen sehen diesen Trend vom Grundsatz her richtig – knapp 60 Prozent der befragten Unternehmen unterstützen eine stärkere Nutzung der Clusterpolitik zur Wirtschaftsförderung. Cluster können insbesondere dazu beitragen, auf regionaler Ebene die notwendige kritische Masse für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen.

... und Gefahren

Dennoch wird aus den Interviews deutlich: Clusterpolitik ist kein Allheilmittel für die trotz aller Verbesserungen weiterhin zu geringe Innovationsfähigkeit Deutschlands. In den Interviews wird auch eine hohe Skepsis gegenüber der gegenwärtigen Clusterpolitik auf regionaler, nationaler und auch europäischer Ebene deutlich. Die Unternehmen sehen öffentliche Clusterpolitik nur unter bestimmten Voraussetzungen als Erfolg versprechende Zukunftsstrategie. Zunächst muss aus Sicht der Unternehmen der Schwerpunkt der Innovationsförderung weiterhin auf der Reduzierung des Fachkräftemangels, einer besseren Finanzierung für High-Tech-Gründungen sowie insbesondere der Schaffung generell günstiger ökonomischer Rahmenbedingungen im Sinne einer unternehmensfreundlichen Standortpolitik liegen – Clusterpolitik kann hier allenfalls ein Baustein sein. Ein günstiges wirtschaftliches Umfeld stärkt ohnehin bestehende Cluster und erhöht die Wahrscheinlichkeit der Herausbildung neuer Netzwerke. Im Rahmen der Clusterpolitik müssen zudem die Bedürfnisse und Aktivitäten der Unternehmen – und nicht der Politik – im Mittelpunkt stehen. Clusterpolitik darf kein neues Instrument zur Subventionierung von Unternehmen sein. Die Unternehmen sprechen sich daher nachdrücklich für einen "bottom-up-Ansatz" in der Clusterpolitik aus. Im Sinne eines starken Industriestandorts Deutschland darf Clusterpolitik nicht die Vielfalt und den Wettbewerb innerhalb des Industrieverbundes einschränken. Oder wie es ein Unternehmer ausdrückt: „Zuviel Clusterpolitik gefährdet organische Entwicklung der Unternehmen“.

Wettbewerbsvorteil durch Leitmärkte

Leitmärkte sind Märkte, in denen ein Standort bzw. die dortigen Unternehmen einen globalen Wettbewerbsvorteil entwickelt haben. Häufig beruht dieser auf einer besonders hohen Produktnachfrage vor Ort und einer gleichzeitigen tech-

nologischen Führerschaft der einheimischen Unternehmen. Leitmärkte ermöglichen es, die eigenen Normen und Standards weltweit verbindlich zu machen und damit gleichzeitig die Innovationsführerschaft weiter auszubauen.

Vielfach haben sich deutsche Unternehmen eine solche Position erarbeitet – insbesondere in wichtigen Feldern des Fahrzeugbaus, der Umweltschutz-Technologien oder im Maschinen- und Anlagenbau. Ein starkes Netzwerk Industrie am Standort Deutschland ist auch zukünftig darauf angewiesen, eine Leitfunktion auf wichtigen Märkten einzunehmen. Leitmärkte sind aber nicht statisch – der freie Wettbewerb zwischen Standorten und zwischen Unternehmen sowie der technologische Fortschritt entscheidet immer wieder erneut darüber, welche Märkte ihre Leitfunktion halten oder sich eine neue Leitfunktion erarbeiten können.

Wirtschaftspolitik kann helfen...

Die Zustimmung zur politischen Identifikation und Förderung von Leitmärkten ist daher auch unter den befragten Unternehmen beachtlich: Knapp die Hälfte der befragten Unternehmen (49 Prozent) billigt einer Industriepolitik der Zukunft am Standort Deutschland diese Rolle zu. Entscheidend wird es aber sein, es nicht besser wissen zu wollen als der Markt – weiterhin muss das freie Spiel der Marktkräfte den Weg vorgeben. Durch günstige Standortbedingungen, die weitere Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft, eine richtige Ausbildungspolitik, den Ausbau des Europäischen Binnenmarktes sowie den Aufbau ambitionierter Normen und Standards kann der Staat aber auch ohne gravierende Markteingriffe die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken sowie Nachfrage stimulieren. Auch bei der staatlich geförderten und zum Teil sehr kostspieligen Grundlagenforschung sowie bei Querschnittstechnologien – Beispiel Nanotechnologie oder Brennstoffzelle – kann die Politik bereits die Grundlagen für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort Deutschland der Zukunft schaffen.

...Politik weiß es nicht besser als der Markt

Daneben kommt es allerdings immer mehr in Mode, dass Wirtschaftspolitik jenseits des freien Wettbewerbs selbst Leitmärkte schaffen möchte. Aktuelle Beispiele sind die öffentliche Förderung

energieeffizienter Technologien bzw. das Feld der Elektromobilität bei Fahrzeugen. Hier droht die Industriepolitik alte Fehler zu wiederholen – sie darf es nicht besser wissen wollen als der Markt. Die Unternehmen sprechen sich mit einer knappen Mehrheit (54 Prozent) gegen eine internationale Vorreiterrolle Deutschlands im Klima- und Umweltschutz aus. Hintergrund ist die Befürchtung, dass der Staat zu Lasten des Wettbewerbs in den Markt eingreift, falsche Schwerpunkte setzt und insbesondere der Gesamtwirtschaft zu hohe Lasten aufbürdet. Besonders betroffen sind hier energieintensiv produzierende Unternehmen. Eine Industriepolitik der Zukunft muss es den Unternehmen selbst überlassen, die Marktchancen von Technologien zu identifizieren. Gerade die hiesige Industrie kann dies – die Vielzahl der von Deutschland aus erfolgreichen „Hidden Champions“ ist ein deutlicher Beleg.

Gefahr der Subventionsmentalität

Allzu häufig mündet die gut gemeinte Förderung vermeintlicher Zukunftsbranchen oder -techno-

logien in Subventionen. Leidtragende sind dann die Unternehmen, die nicht in die Förderung fallen und die Subventionen letztlich mitzahlen müssen. Eine in die einzelnen Branchen eingreifende, lenkende Steuerpolitik, die Aufnahme vergabefremder Aspekte in die Regeln der Öffentlichen Beschaffung zur Stimulierung der Nachfrage auf einzelnen Technologiefelder und insbesondere direkte Subventionen für einzelne Technologien lehnen die Unternehmen daher mehrheitlich ab.

Augenmaß ist angesagt

Die Unternehmen fordern Augenmaß bei den anstehenden Entscheidungen – sei es bei der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten, dem allzu schnellen Ausstieg aus der Kernenergie, bei der Setzung neuer Standards und Normen, bei der Steuergesetzgebung oder auch im Rahmen der allgemeinen Ordnungspolitik. Auch an diesen Fragen entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland.